

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

84/14

NAMIBIA

25 Jahre
Unabhängigkeit

BOTSWANA

Afrikas
Musterdemokratie?

ÖSTERREICH

Koloniale Wiener Straßennamen



SADOC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOC:

- ➔ Dokumentation und Bibliothek in
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
URL: <http://www.sadocc.at>
- ➔ das quartalsweise erscheinende
Magazin INDABA
- ➔ monatliche Veranstaltungen
„Forum Südliches Afrika“
- ➔ Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- ➔ Projekt Schwimmunterricht in südafrikanischen
Townships

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 22,- (für Institutionen EUR 40,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 13,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW.

Mitarbeit bei SADOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

SADOCC-Aktionsgruppe Südafrika:

Fundraising für Schwimmprojekt,
Wanderausstellung Nelson Mandela, div.
Veranstaltungen...
Kontakt: office@sadocc.at

Österreichische Namibia-Gesellschaft:

2015 feiern wir 25 Jahre Unabhängigkeit
Namibias!
Kontakt: namibia@sadocc.at

... Leserbeitrag...

Zu Heft 83/14:

„Wieder einmal wirft ein INDABA-Artikel Licht auf wenig Bekanntes. Bernhard Bouzek ist zu danken, daß er detailreich den skurrilen Beginn samt Auswirkungen auf die „eingeborene“ Bevölkerung eines vergessenen, aber für die politische Entwicklung Afrikas wichtigen Krieges schilderte. Man könnte die wenigen Schüsse in der Seeschlacht von Sphinxhafen auch als Auslöser starker antikolonialer und antieuropäischer Bewegungen ansehen.

Die Beurteilung der Richterin Thokozile Masipa (S. 2) ist richtig, Sie hat aufgrund langer Lebens- und Berufserfahrung, die zum guten Teil vor 1994 liegt, Rückgrat (was bei Richtern hier in ZA selbstverständlich ist). Auf Zurufe der veröffentlichten Meinung wird von Richtern prinzipiell nicht reagiert. „Naturgemäß“ ist die Lautstärke irgendwelcher (Ver)meinungen verkehrt proportional zum sachlichen Substrat. Motto: Gestern haben wir *dolus eventualis* noch nicht einmal buchstabieren können, heute verbreitern wir uns darüber. Auch der „public protector“, Frau Thuli Mandonsele, zeigt in einem ganz anderen Bereich fachliche Kompetenz und Rückgrat.

Kleine (zynische) Anmerkung: nur weil jemand auf Prothesen schnell läuft, ist er noch lange nicht Mitglied der „Oberschicht“ ...

Harald Sitta (Johannesburg)

	3	Namibia – 25 Jahre Unabhängigkeit
		Henning Melber zieht eine kritische Bilanz in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht
Doris Mückensturm in Oshakati	8	
		
	10	
spektrum		
Tagungsbericht:	13	
Bergbau und Ausbeutung in Südafrika		
	14	Hat Botswana eine Menschenrechtskultur?
		Kritische Bemerkungen aus Anlaß der Parlamentswahlen von Kitso P. Phiri
Soziale Auswirkungen des Klimawandels	17	
	19	
Kolumne von Adalbert Krims		
	20	Afrika-bezogene Straßennamen in Wien
		Peter Autengruber schlägt in problematischen Fällen Zusatztafeln vor
Sklavenhandel in Angola	25	
Ein deutsches Jugendbuch berichtete um 1800		

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Peter Autengruber, Bernhard Bouzek, Astrid und Christian Esterlus, Tebogo Kgalemang, Jakob Krameritsch, Adalbert Krims, Henning Melber, Werner Menges, Doris Mückensturm, Friday Phiri (IPS), Kitso P. Phiri (Ditshwanelo), Lotte Rieder, Walter Sauer, Magdalena Waygand. **Fotos:** Bernhard Bouzek, Astrid Esterlus (inkl. Titel), Johann Döllner, Jobst/PID, Jakob Krameritsch, Bernhard Lang (Fotoseite Lesotho), Friday Phiri/IPS, SADOCC, Walter Sauer, Estella Weiss-Krejci. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 10. November 2014. **Konto:** BA-CA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: Postsparkasse, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Peter Jankowitsch, Wien; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Shula Marks, London; Christian Mährdel †, Wien.

25 Jahre unabhängig: Armes reiches Namibia

Am 21. März 2015 ist es ein Vierteljahrhundert her, daß die einstmals deutsche Kolonie Südwestafrika die illegale Besetzung durch Südafrika hinter sich ließ und die Flagge der Republik Namibia zur neuen Nationalhymne hißte. Dann wird erneut – wie alle fünf Jahre – als Ergebnis der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 28. November 2014 auch das neue Staatsoberhaupt und das von diesem ernannte Kabinett eingeschworen. Henning Melber zieht aus diesem Anlaß eine sozialkritische Zwischenbilanz.

Mit Überraschungen ist bei den Wahlen und deren Ausgang nicht zu rechnen. Eher schon gab es im Vorfeld einige Aufregung, als das Wahlkolleg der *South West African People's Organisation* (SWAPO) ein für viele unerwartetes Resultat brachte. Es kann als Wachablösung für einen Teil der alten Garde interpretiert werden (INDABA 83/14). Doch inwieweit sich die Zeiten und damit die Politik ändern, bleibt abzuwarten. Unter der nahezu uneingeschränkt herrschenden Befreiungsbewegung an der Macht kann das Land jedenfalls weiterhin auf eine relativ stabile politische Ordnung bauen, die höchstens von parteiinternen Rangeleien beeinflusst wird.

Seit der Unabhängigkeit ist Kontinuität angesagt. Leider auch, was die sozialökonomischen Diskrepanzen zwischen arm und reich betrifft – auch wenn sich die Zusammensetzung der Privilegierten seit Erlangung der Unabhängigkeit etwas zugunsten der neuen politischen Elite und der in ihrem Schatten Operierenden sogenannten *fat cats* und *tenderpreneurs* verschoben hat, die vom Zugang zu den staatlichen Pfründen profitieren. Für die Bevölke-

rungsmehrheit halten sich im Unterschied dazu die sozialökonomischen Errungenschaften in ernüchternden Grenzen. Wengleich der Protest über die wachsenden Diskrepanzen zunimmt, scheint sich deshalb mangels glaubwürdiger Alternativen einer chronisch schwächelnden Opposition kaum eine dramatische politische Änderung abzuzeichnen.

Es bedarf keiner besonderen prophetischen Gabe, um vorherzusagen, daß der Präsidentschaftskandidat der SWAPO, Hage Geingob, nach Sam Nujoma (1990-2005) und Hifikepune Pohamba (2005-2015) der dritte gewählte Regierungschef des unabhängigen Staates sein und daß sein Kabinett ausschließlich aus Mitgliedern der SWAPO bestehen wird. Ein zu vermutendes ähnliches Wahlergebnis wie zuvor wird dieser etwa drei Viertel der 96 Parlamentsmandate beschern, zu denen sich dann noch acht weitere vom Präsidenten ernannte Mitglieder (ohne Stimmrecht) gesellen.

Seit Erlangung der absoluten Mehrheit bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung unter Aufsicht der Vereinten Nationen im November 1989 konnte die SWAPO



UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar 1990 begeistert begrüßt

ihre Vormachtstellung kontinuierlich ausbauen und festigen. Der Zweidrittel-Mehrheit 1994 folgten in den drei Wahlen danach trotz neuer politischer Oppositionsparteien, die sich von der SWAPO abgespalten hatten, jeweils über 70% der abgegebenen Stimmen. Auch die Wahlen 2009, bei denen erstmals die Generation der seit der Unabhängigkeit Geborenen (die „born frees“) wählen durften, ergaben

**Kontinuität,
auch bei
arm/reich**

keinerlei nennenswerte Verschiebungen. Diese Dominanz ist nicht nur ein Vertrauensbeweis in die Partei, die über die gesellschaftspolitischen Geschicke entscheidet, sondern mindestens ebenso sehr ein Ausdruck des Mißtrauens, was die Kompetenz und Motivlage der zahlreichen Oppositionsparteien betrifft. Von diesen sind mehrere in jedem Parlament vertreten und somit Beweis einer Multi-Parteien-Demokratie. Doch ihre Programme lassen kaum erkennen, wo ihre Alternativen zur Regierungspartei wären. Eher geht es bei der Wahl ihrer Vertreter darum, wer außer den SWAPO-Abgeordneten noch den Zugang zu den relativen Privilegien erhält, als Volksvertreter/in eine gesicherte Existenz zu haben.

Eine gesicherte Existenz wünschen sich viele Menschen in Namibia. Aber nur eine Minderheit der mittlerweile etwa 2,3 Millionen Einwohner haben diese. Dabei ist das ressourcenreiche Land statistisch in die Kategorie der Länder höheren mittleren Einkommens mit über 6.000 US-Dollar pro Jahr und Kopf der Bevölkerung aufgestiegen.

Berechnungen eines Teams von Ökonomen für die Nationale Planungskommission im Jahre 2008 ergaben, daß die reichsten 5,6% der Bevölkerung 53% der jährlichen Gesamtausgaben tätigten, was mit 8% Gesamtausgaben von knapp 52 Prozent der ärmsten Bevölkerung kontrastierte. Immerhin gehört Namibia neben Südafrika zu den wenigen Ländern des Kontinents, in denen staatliche Sozialleistungen (z.B. Waisenrente, Behindertengelder und eine Altersrente ab 60 Jahren) institutionalisiert sind – ironischerweise als eine aus der Apartheid-Zeit stammende, damals allerdings entlang rassistischer Kriterien diskriminierende Form von Sozialpo-

Keine getrockneten

25 Jahre nach der Unabhängigkeit sind in Namibia noch immer zahlreiche Gesetze aus der Apartheidzeit in Kraft. Eine Regierungskommission hat dem Parlament nun empfohlen, sie wegen Rassismus oder Verfassungswidrigkeit aufzuheben. Ein komplizierter Prozeß, wie Sacky Shanghala, der Vorsitzende der *Law Reform and Development Commission* (LRDC), im Vorwort des Berichts meinte. Aber ein für die Rechtssicherheit wichtiger: „Es gibt viel Verwirrung darüber, ob ein bestimmtes Gesetz in Namibia Anwendung findet oder nicht.“

Eines der ersten behandelten obsoleten Paragraphenwerke ist gleichzeitig eines der merkwürdigsten. Es geht auf das Jahr 1957 zurück, als die *National Party* in Südafrika an der Macht war und die Rassendiskriminierung auch in Namibia umsetzte. Nicht das kleinste Detail entging den Ideologen der Apartheid. So wurde auch eine „Verordnung über die Kontrolle getrockneter Erbsen“ erlassen, die Verkauf, Lieferung, Angebot und Weitergabe von getrockneten Erbsen an die sogenannten „Eingeborenen“ untersagte. Die *Dried Peas Control Ordinance* verordnete außerdem, daß kein Angehöriger der schwarzen, indigenen Bevölkerungsgruppen getrocknete Erbsen besitzen durfte, außer für therapeutische Zwecke, zur Lieferung an „Europäer“ (aber nur mit behördlicher Genehmigung) oder für den Gemüseanbau. „Eingeborene“, die verordnungswidrig getrocknete Erbsen besaßen, machten sich einer Straftat schuldig und konnten eine Geldstrafe bis zu 100 Pfund erhalten oder bis zu sechs Monate Gefängnis.

Eines der Apartheidgesetze, die nach wie vor gültig sind, ist der *Native Affairs Act* von 1959, durch den *Native Councils* und eine *Native Commission* geschaffen wurden, um die sog. „Eingeborenenangelegenheiten“ zu administrieren. Ein anderes Beispiel ist der *Development of Self-Government for Native Nations in South West Africa Act* von 1968. Dieses Gesetz wurde als Instrument geschaffen, Namibia in getrennte ethnische Homelands zu unterteilen. Das Gesetz widerspricht klar der heutigen Verfassung, die Namibia als einen einheitlichen Staat definiert, in dem Zuschreibungen wie „Ethnie“, „Rasse“ oder „Stammeszugehörigkeit“ keine Rolle mehr spielen, so der LRDC-Bericht. Auch andere Homeland-Gesetze sind noch in Kraft: die *Ovamboland Affairs Proclamation* von 1929, welche das frühere Ovamboland als Reservat für die alleinige Besiedelung durch ‚natives‘ bestimmte, die *Caprivi Zipfel Affairs Proclamation* von 1930, die *Okavango Native Territory Affairs Proclamation* von 1937, die *Reservation of State Land for Natives*

Erbsen für Schwarze

Ordinance von 1967 und der *Namaland Consolidation and Administration Act* von 1972.

Namibias frühere Machthaber waren jedoch nicht nur von „Rassenangelegenheiten“ besessen. Sie scheinen auch Verfechter von Disziplin und Ordnung gewesen zu sein. So machte es die *Venereal Diseases Prevention Proclamation* von 1919 Ärzten zur Pflicht, Personen mit sexuell übertragbaren Krankheiten einem Militärmagistrat zu melden, der diesen eine medizinische Behandlung vorschreiben konnte. Ein anderes Gesetz, das die LRDC abschaffen möchte, ist die *Trespass of Donkeys Proclamation* von 1941, die Landbesitzer ermächtigt, herrenlose Esel, die sich länger als zwei Wochen auf seinem/ihrer Land aufhielten, in Besitz zu nehmen. Heute befasse sich der *Animal Health Act* (2011) ausreichend mit dem Thema streunender Tiere, erklärt der Bericht.

Weiters auf der Abschaffungsliste stehen die *Sunday Trading Proclamation* von 1919, welche die Öffnungszeiten an Sonntagen beschränkt, und die *Lord's Day Observance Proclamation* von 1921. Diese machte es zu einem Delikt, an Sonntagen Glücksspiele, Pferderennen oder sonstige Unterhaltungen zu veranstalten oder an solchen teilzunehmen, außer mit Genehmigung des südafrikanischen Administrators.

In der *Public Offences Proclamation* von 1920 wurde analog das Singen von „obszönen Liedern oder Balladen“ zur Straftat erklärt, ebenso das Schreiben, Zeichnen und Zeigen von „unanständigen oder obszönen Wörtern, Figuren oder Repräsentationen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen“, das unnötige Schnalzen der Wagenpeitsche in der Öffentlichkeit, Fluchen oder Verwenden von obszönen, beleidigenden oder Schimpfwörtern in der Öffentlichkeit sowie das Ausleeren von Fäkalien auf Straßen und Plätzen. „Mutwilliges oder boshafte Klingeln von öffentlichen Glocken“ war demnach ebensowenig erlaubt wie „wildes Lenken von Fahrzeugen, Pferden oder Rindern“ oder das „wilde Reiten eines Tieres“ auf der Straße.

Diese von der LRDC identifizierten Gesetze seien anachronistisch und unpassend für eine rechtsstaatliche Demokratie, so der Bericht. Da sie aber noch nicht abgeschafft seien, stünden sie weiterhin in Kraft. Die Verfassung lege nämlich fest, daß alle Gesetze, die direkt vor dem Zeitpunkt der Unabhängigkeit Namibias gültig waren, dies auch bleiben sollten, solange sie nicht vom Parlament abgeschafft, abgeändert oder von einem zuständigen Gericht für verfassungswidrig erklärt würden.

Werner Menges (The Namibian)

litik. Doch die Leistungen sind leider völlig unzureichend. Die staatliche Waisenbeihilfe beläuft sich auf 200 Namibian Dollar (N\$) monatlich, die Altersrente wurde 2013 von 550 auf 600 N\$ angehoben. Doch sind die Empfänger/innen heute angesichts des Kaufkraftschwunds ärmer daran als zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit. So kostet ein Liter Milch derzeit deutlich mehr als 10 N\$ und ist damit sogar teurer als in manchen westeuropäischen Ländern. Wer also meint, daß ein natürlicher Rohstoffreichtum (im Falle Namibias an Diamanten, Uran und anderen Bodenschätzen) auch der Bevölkerungsmehrheit zugute kommt, sieht sich enttäuscht.

Vor der Unabhängigkeit lautete das Motto der SWAPO „Solidarity, Freedom, Justice“. Solche Schlagworte klingen heutzutage angesichts dieser Stimmungslage arg hohl. Nicht zuletzt wirken die hehren Worte auch dann fast wie Hohn, wenn die Diskussion um eine Sozialtransferleistung, den *Basic Income Grant* (BIG), verfolgt wird. Nachdem eine von der Regierung beauftragte Kommission 2002 ein bedingungsloses Grundeinkommen für Namibia empfohlen hatte, initiierte ein Zusammenschluß von nicht-staatlichen Akteuren 2005 ein BIG-Pilotprojekt (siehe dazu frühere Berichte in INDABA). Beteiligt waren die evangelische Kirche, Gewerkschaften und NGOs. Die BIG-Koalition erhielt ihr Geld hauptsächlich von kirchlichen Organisationen in Deutschland. Sie startete ihr Projekt in dem Dorf Otjivero. 2008 und 2009 zahlte sie jedem Einwohner dort einen monatlichen Betrag von 100 N\$ aus. Die BIG-Initiatoren hofften, durch ihre Initiative und deren Ergebnisse die Regierung zu überzeugen, daß BIG dazu beiträgt, die lokalen Gemeinschaften zu stärken. Ab 2009 tat sich die Initiative jedoch aufgrund

der mangelnden Resonanz schwer, das Geld zusammen zu bekommen, und reduzierte die Zahlungen.

Nicht überraschend ist, daß die wohlhabenden Namibier der Idee, BIG landesweit einzuführen, skeptisch oder sogar offen feindselig gegenüberstanden, während jene Armen, die in der Lage waren, ihre Meinung zu äußern,

das Projekt unterstützen. Das Pilotprojekt wurde von international angesehenen Wissenschaftlern geprüft, doch deren Befund wurde

Abgewürgt: Basic Income Grant

kontrovers diskutiert. Als Befürworter des BIG wären sie nicht objektiv und hätten methodisch nachlässig gearbeitet, beanstandeten Kritiker. Der Prüfbericht wurde im April 2009 vorgelegt. Das Ergebnis war positiv. Die Gutachter räumten ein, daß die Kosten des BIG mit 2,2 bis 3 Prozent der jährlichen volkswirtschaftlichen Leistung erheblich wären. Ihnen zufolge könnte Namibia aber die nötigen Mittel bereitstellen, ohne seine fiskalische Stabilität zu gefährden. Dazu wären eine moderate Anpassung der Mehrwert- und Einkommenssteuer, veränderte Lizenzgebühren auf Rohstoffe, Umschichtungen im Haushalt oder eine Kombination dieser Maßnahmen erforderlich. Letztlich, so die Schlußfolgerung, sei dies eine Frage des politischen Willens.

Viele Vorbehalte, die gegen die BIG-Initiative vorgebracht wurden, sind Zahlenspiele ohne Moral und Ethik. Diese statistischen Manöver lenken von der eigentlichen Frage ab: nämlich ob und wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität Leitprinzipien für eine fürsorgliche Gesellschaft sein können. Keiner der BIG-Kritiker hat in ähnlicher Form bemängelt, daß die Steuerpolitik der Regierung seit der Unabhängigkeit nur die Habenden weiter

privilegierte. So wurde der Höchstsatz für individuelle Einkommenssteuer in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gesenkt und das mit dem Höchstsatz zu steuernde Einkommen gleichzeitig ebenso kontinuierlich angehoben. Seit dem Haushaltsjahr 2013/14 wird ein Jahreseinkommen von über 1,5 Millionen N\$ (ca. 110.000€, 6.11.2014) mit 37% besteuert. Angesichts der Einkommensunterschiede und der sozialen Notlage eines Großteils der Bevölkerung grenzt dies an Verspottung der Armen, zumal wenn die Finanzministerin in ihrer Haushaltsrede als Motiv angibt, die allgemeine Steuerlast zu reduzieren, um den Bürgern die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse zu ermöglichen.

Die Arbeitslosigkeit in Namibia bleibt Gegenstand höchst unterschiedlicher Angaben, liegt aber mit Sicherheit bei über einem Drittel der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Für Jugendliche beläuft sich die Schätzung auf bis zu 70%! Dabei ist dies nicht nur die Generation, die eigentlich über die Zukunft des Landes zu befinden hätte, sondern auch der größte Teil der Bevölkerung. Von den mehr als 2,1 Millionen Einwohnern, die in der Volkszählung von 2011 erfaßt wurden, waren über 56% zwischen 15 und 59 Jahre alt, 23% zwischen 5 und 14 Jahre und 13% noch jünger. Nur 7% waren 60 Jahre oder älter. Das statistische Durchschnittsalter belief sich (je nach Berechnung) auf 21 bis 22 Jahre.

Angesichts der wenig rosigen Aussichten unter den *born frees* sollte die politische Apathie unter den Jüngeren im Lande nicht überraschen. Die Erhebungen für die ländervergleichenden Daten im „Afrobarometer“-Forschungsprojekt wurden im November/Dezember 2012 vom lokalen *Institute for Public Policy Research* (IPPR) im Lande

durchgeführt und in einem ersten Zwischenbericht am 14. März 2013 öffentlich vorgestellt. Den Ergebnissen der Umfrage zufolge ist lediglich die Hälfte der befragten 18- bis 24-Jährigen an öffentlichen Angelegenheiten interessiert. 23% unter ihnen wäre es egal, ob sie in einem demokratischen Staat leben, 14% würden mitunter sogar undemokratische Herrschaftsfor-



Abriß des Tintenpalasts? Nach dem Unabhängigkeitsmuseum ist eine weitere Bausünde im Zentrum Windhoeks zu befürchten

men bevorzugen. Eine demokratische Staatsform und Politikordnung war auch 25% der 25- bis 34-jährigen Befragten schnuppe, und 15% gaben nicht-demokratischen Systemen den Vorzug. Demgegenüber spielte die Religion in nahezu allen Altersgruppen eine vergleichsweise höhere Rolle und hatte mehr Bedeutung als die Politik. Das sollte schon deshalb auch den Politikern zu denken geben, da zu den Wahlen im November 2014 über die Hälfte der Gesamtbevölkerung unter 30 und mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten jünger als 35 Jahre sein wird.

Jugendproteste und Widerstand von unten haben deutlich zugenommen. Ein Vierteljahrhundert nach der Überwindung der institutionalisierten Rassendiskriminierung und des daraus resultierenden schreienden Unrechts ist die Enttäuschung und Verbitterung

über die Grenzen der Befreiung deutlich zu spüren.

Anfang Januar 2014 enthüllte eine Zeitung, daß im Kabinett der Plan angenommen wurde, das bisherige Parlament (den aus der deutschen Kolonialzeit stammenden „Tintenpalast“) abzureißen und durch ein neues Gebäude zu ersetzen. Die geschätzten Baukosten sollten sich auf etwa 700 Millionen N\$ belaufen. Die Nachricht verbreitete sich auch mittels der neuen sozialen Medien, und es kam zu einer kurzfristig anberaumten Protestkundgebung, an der über hundert zumeist jugendliche Demonstranten teilnahmen, die unter anderem „my money, my choice“ skandierten. Für einen neuerlichen Aufschrei der Empörung sorgte angesichts dieser Verhältnisse die Ankündigung Ende März 2014, daß die Parlamentarier eine weitere üppige Erhöhung ihrer Saläre erwarteten, um nicht darben zu müssen. Einige unter ihnen beklagten, daß sie mit etwa 50.000 N\$ Grundgehalt im Monat (ohne Zusatzleistungen) nicht den Lebensstandard hätten, der ihnen qua Amt zustünde.

Eine organisierte Gruppe, die sich besonders vernachlässigt fühlt, ist die *Namibian Exile Kids Association* (NEKA). Die sogenannten *struggle kids* sind meist elternlos ohne Ausbildung im Exil aufgewachsen. Seit längerem fordern sie, mitunter lautstark und massiv, durch Arbeitsmöglichkeiten in die namibische Gesellschaft integriert zu werden. Als sie dazu übergangen, mit ihren Forderungen demonstrativ öffentlichen Raum zu besetzen, warnte sie Premierminister Hage Geingob vor einer Destabilisierung des Landes als willfährige Gehilfen eines von außen induzierten Regimewechsels. Als die *struggle kids* einmal mehr Mitte September vor dem Hauptquartier der SWAPO demonstrierten, eröffnete die

Polizei das Feuer auf die flüchtende Menge und erschoss eine junge Mutter. Der Gewaltakt löste Empörung aus. Tags darauf wurde SWAPO-Generalsekretär Nangolo Mbumba bei der Ankunft vor dem Parteibüro von aufgebrachten *struggle kids* im Auto umringt und mußte die Flucht antreten – wobei ihm der ausgestreckte Mittelfinger gezeigt wurde. Ein Akt der Beleidigung, der bis dahin unvorstellbar war.

Als die SWAPO kurz danach ihr Wahlmanifest vorstellte, blieben nicht nur einige der höheren Funktionäre und Minister, die vermutlich vom überraschenden Ausgang des Wahlkollegs verprellt wurden, dem Ereignis fern. Auch die üblichen Massen fielen deutlich dünner aus, und die Veranstaltung wurde weithin als Schlag ins Wasser bewertet. Mittlerweile hat sich dies relativiert. Zu den Wahlveranstaltungen in den Regionen findet sich wieder die übliche zahlreiche Anhängerschaft ein, die ihre Partei feiert. An der Höhe des Wahlsiegs gibt es weiterhin kaum Zweifel.

Im übrigen werden die Staatspründe weiterhin für *business as usual* geschröpft. Präsident Pohamba wird zu seiner Pensionierung als Staatsoberhaupt einen derzeit im Bau befindlichen Ruhesitz beziehen, dessen Kosten auf 35 Millionen N\$ geschätzt werden. Ein dritter Düsenjet für die Regierungsführung wurde im September zum Preis von 130 Millionen N\$ geliefert. Tage zuvor wurde bekannt, daß für Präsidentschaftskandidat Hage Geingob drei Mercedes-Limousinen der Sonderklasse mit Hochsicherheitsausrüstung geliefert wurden, deren Stückpreis deutlich über einer Million N\$ liegt.

Für die am 21. März 2015 neuerannten Minister werden bereits neue Mercedes-Limousinen parat gehalten.

Die aus dem Amt scheidenden Politiker können die bis dahin genutzten Karossen zu Sonderpreisen erwerben. Am Hungertuch werden sie nicht nagen. Dafür sorgt nicht nur eine opulente Rente, sondern auch die Prämie und zusätzliche Pension dafür, daß sie als Veteranen des Befreiungskampfes gelten. Darüber hinaus wurde bekannt,



Swapo-Generalsekretär Nangolo Mbumba

daß einige unter ihnen sich auch die gesetzliche Altersrente von 600 N\$ monatlich auszahlen lassen. Wie sie auf Nachfrage erklärten, hätten sie darauf ja schließlich wie alle anderen Bürger des Landes mit Erlangung des 60. Lebensjahres einen gesetzlichen Anspruch. – Wie war das noch mit *Solidarity, Freedom, Justice*?

Henning Melber trat als Sohn deutscher Einwanderer 1974 der SWAPO bei. Von 1992 bis 2000 leitete er das Namibian Economic Policy Research Unit (NEPRU) in Windhoek. 2000 wechselte er als Forschungsdirektor an das Nordic Africa Institute in Uppsala und wurde 2006 (bis 2012) Exekutivdirektor der dortigen Dag Hammarskjöld Stiftung. Er ist Senior Advisor beider Institutionen sowie Extraordinary Professor am Department of Political Sciences der Universität Pretoria und am Centre for Africa Studies der University of the Free State in Bloemfontein. 2014 erschien von ihm „Understanding Namibia. The Trials of Independence“ bei Hurst in London.

Tanzen in Oshakati

Sozialarbeit unter Straßenkindern

1990 verschlug es die südafrikanische Tänzerin Doris Mückensturm in den Norden Namibias. Daß viele Kinder auf der Straße herumlungerten, fiel ihr auf und brachte sie dazu, ihr Omaleshe-Tanzprojekt zu starten. Bis heute ist sie als Kulturvermittlerin und Sozialarbeiterin in Oshakati tätig. Im Februar 2014 erzählte sie Astrid und Christian Esterlus von ihrem Lebenswerk.

als ich 1990 nach Oshakati kam, gab es da nur einige Shops und sonst nichts, aber es wurde sehr viel gebaut, vieles hat sich seither verändert. Damals gab es kein Kino, keine Tanzschule, keinerlei Aktivitäten nach dem Unterricht. Viele Kinder waren auf der Straße. So dachte ich, Tanzen sei eine gute Sache. Ich ging zum Schuldirektor und fragte, ob ich in den Pausen oder im Turnunterricht mit den Kindern tanzen könnte. Er war einverstanden. Die Kinder sprachen fast kein Englisch, aber ich beschloß trotzdem, Englisch mit ihnen zu reden. Das half



Eine der Tanzgruppen von Doris

ihnen in der Schule. Man kann nicht bei Omaleshe sein, wenn man nicht gut in der Schule ist.

Ich helfe den Kindern, wenn sie ein Problem haben. Ich möchte, daß sie ein besseres Leben haben, als ich

es als Kind hatte. Ich hatte in meiner Jugend nicht so viele Menschen, denen ich mich anvertrauen konnte. Nun bin ich hier wie eine Mutter. Die Kinder können oft nicht mit ihren Eltern über ihre Probleme sprechen, aber dafür mit mir. Ich erkläre den Kids auch, daß Drogen und Alkohol schlecht für sie sind. Solange sie bei mir sind, ist das alles kein Problem.

Ich habe auch guten Kontakt zu den Lehrern. Aber die Bedingungen in den Schulen sind im allgemeinen sehr schwierig. Die Schulklassen sind überfüllt, 45 Kinder in einem Raum sind keine Seltenheit. Daß die Lehrer sich da nicht um jedes einzelne Kind kümmern können, ist klar. Wenn ein Schüler durchfällt, ist in der nachfolgenden Klasse oft kein Platz mehr, und die Schullaufbahn ist beendet. Aber auch diejenigen, welche die Schule abschließen, haben nachher oft keinen Job. Es gibt zwar sehr viele kleine Geschäfte, aber immer noch zu wenige Jobs.

Dann ging es weiter, als eine Schülergruppe zur Eröffnung des Jugendzentrums durch den Premierminister tanzte. Daraufhin lud man mich ein, dort weiterzuarbeiten. So hatten wir einen großen Raum zur Verfügung. Poster wurden in der Stadt aufgehängt, um auf uns aufmerksam zu machen.

Volontäre aus Übersee halfen mir, noch kreativer zu sein. Dann begann ich bettelnde Kinder aus den Armenvierteln anzusprechen. Ich sagte ihnen, daß sie nur sich selbst mitzubringen hätten und gar nichts zahlen müßten. Damit lernte ich auch, die Kinder zu einer Gruppe zu formen, selbst wenn sie aus keinem guten sozialen Umfeld

kamen. Die meisten sind übrigens Mädchen. Es ist schwierig, Burschen für den Tanzunterricht zu gewinnen. Sie denken, das ist nicht männlich genug, spielen lieber Fußball. Wenn aber Buben kommen, gebe ich Ihnen das Gefühl, sie seien ein König.

Ich frage die Kinder, wie sie daheim tanzen, nach ihrem kulturellen Hintergrund. Sie sind Damara, Ovambo oder Herero. Dann zeigen sie ihre Tänze. Anfangs noch etwas zaghaft, aber sie werden ermutigt, die Bewegungen noch ausdrucksstärker zu bringen. So nehmen wir von jedem etwas und geben noch ein Zulu-Element und einen Kick dazu. Es hat jeder seinen Teil in der Show. Ich möchte nicht, daß sie glauben, es ist mein Tanz. Der Tanz gehört uns allen. Und bei einer

Überfüllte Schulklassen

Ist tanzen männlich genug?

Aufführung erkennen die Zuschauer die Bewegungselemente wieder: z.B. Nachahmung eines Kudu oder eines Vogel Strauß oder auf der Jagd. So werden Geschichten erzählt – alte oder über die Apartheidzeit oder auch neue. Die Kinder müssen jede Woche trainieren, damit sie die Abfolge auch genau wissen. Mitte des Jahres kommen alle Schüler im Jugendzentrum zusammen und machen eine gemeinsame Show. Die Kinder der *Eluwa*-Schule, das ist ein staatliches Internat für blinde und taube Kinder, können nicht sprechen, aber sie verwenden die Gebärdensprache, sie tanzen gemeinsam mit den anderen. Seit zwei Jahren arbeite ich auch mit Down-Syndrom-Kindern. Sie sind sehr geschickt. Es gibt keine spezielle Schule für sie. So fragte ich im Spital, ob wir dort trainieren könnten. Die Leiterin stimmte zu, wenn wir den betreffenden Raum sauber machten. Also putzte ich. Dann kamen die Kinder. Die Leute denken, daß es eine Gottesstrafe ist, wenn man ein behindertes Kind bekommt. Man sieht auch keine behinderten Kinder auf der Straße. So ermutigten wir die Menschen, und auch die Physiotherapeutin half mit. Die Kinder sprechen kein Englisch, so begann ich einfach zu trommeln. Und sie liebten es. Manche Leute reden mit ihnen wie mit Babies, aber das ist nicht gut.

Einmal hatte ich einen Auftritt in Windhoek. Die Leiterin der Bühne war Sandy. Sie war in Zimbabwe geboren, von englischen Eltern, eine Theaterfrau. Deshalb war ihr die Hautfarbe egal. Nach der Show nahm sie mich mit in einen Klub, gleich so mit dem Bühnen-Outfit. So fuhren wir nach Klein Windhoek. Als ich begriff, daß wir zu High Society-Leuten fuhren, war ich verängstigt. Das Eingangstor war so groß und mit Elefanten dekoriert, wir

gingen weiter in einen Saal mit lauter weißen Ladies mit großen Ringen an den Fingern. Ich fühlte mich so klein! Was für ein Leben herrscht hier? Dann sahen mich plötzlich alle an, und ich fühlte mich angestarrt wie ein Löwe in Etosha. Und dann sagte Sandy mit erhobener Stimme: „Hi, Ich bin hier mit meiner Freundin Doris Mückensturm.“ Ich wußte nicht, wo ich mich hinsetzen sollte, die Sofas waren mit Leder bezogen, und alles war so schön. Jemand fragte mich, ob ich etwas zu trinken möchte. „Coke, please“. Und dann brachte sie es in einem Glas! Während der Apartheid gab es für uns nur Becher, keine Gläser! Ich habe nie aus einem Glas getrunken.

Nach dem Dinner war es Zeit zum Tanzen. Ich stellte die Musik an und ermunterte alle zum Tanzen, und sie machten mit. Alle unterhielten sich blendend und vergaßen meine Hautfarbe. Ich hatte ganz viel Lippenstift an meinen Wangen, weil sie so glücklich waren. Als die Ehemänner der Ladies kamen, um sie abzuholen, waren sie sehr erstaunt und fragten mich, was ich ihren Frauen denn verabreicht hätte. Nur einen Tanz, sagte ich. Und den Geist der Einheit – *Ubuntu* nennen wir es in unserer Sprache. Die Männer waren so glücklich mit ihren entspannten Frauen!

Wie es in der Zukunft weitergehen wird? Es wäre sehr fein, wenn wir einen eigenen großen Raum für uns hätten. Das Jugendzentrum wird von der Regierung geführt, wir sind nur Gäste und können nicht alle unsere Dinge tun. Was ich in der *Eluwa*-Schule verbessern möchte ist, daß auch die Kleinen tanzen können. Ich habe einfach zu wenig Zeit und Raum. Nur die Leute von der Kirche kommen manch-

mal und helfen, aber auch nicht jede Woche. Außerdem bekomme ich kein Gehalt, nicht einmal Geld für's Taxi, um zu den Schulen zu fahren. So gehe ich alles zu Fuß. Es braucht viel Disziplin. Ich hatte eine schwierige Jugend und keine Mutter, die mir mein Bett richtete, und ich hatte immer hart zu kämpfen. Mein Tagesplan ist sehr straff, ich habe keine Ferien und war noch nie auf Urlaub. Ich fürchte,

wenn ich weggehe, ist alles wieder zu nichts. Wenn man keine innere Mission dafür hat, diese Arbeit zu leisten, wird nichts daraus. Aber immer, wenn ich tanze, fühle ich mich besser, ich vergesse meine Probleme und bin einfach glücklich. Tanz formt meinen Geist und meinen Körper. Auch wenn ich nicht weiß, wie ich mit Menschen sprechen kann, ermöglicht es mir der Tanz, Geschichten zu erzählen.



Doris Mückensturm

Doris Mückensturm wurde in Südafrika geboren, von einem Pastorenehepaar adoptiert und in Mariannhill in die Schule geschickt. Später arbeitete sie als professionelle Tänzerin. Die Heirat mit einem Deutschen brachte ihr den Namen Mückensturm. Nach mehreren Jahren Aufenthalt in den USA und Europa verschlug es sie 1990 nach Oshakati in Namibia.

Wenn Sie das *Omaleshe*-Tanzprojekt unterstützen wollen, bitten wir um Ihre Spende auf das Konto der Österreichischen Namibia-Gesellschaft bei der BAWAG/PSK, IBAN: AT69 6000 0000 9200 0111, Kennwort: *Omaleshe*.

...spektrum...

Zambias Präsident Sata verstorben. Nach dem krankheitsbedingten Tod des zambischen Staatspräsidenten Michael Chilufya Sata am 28. Oktober 2014 in einem Londoner Krankenhaus hat verfassungsgemäß Vizepräsident Guy Scott das höchste Staatsamt interimistisch übernommen. Seine Aufgabe besteht vor allem in der Vorbereitung von Präsidentschaftswahlen innerhalb von 90 Tagen.

Scott, der sich als „erster demokratischer Präsident Afrikas weißer Hautfarbe“ bezeichnete, darf selbst bei den Wahlen nicht kandidieren, weil seine Eltern nicht in Zambia geboren sind (nämlich in Schottland); diese merkwürdige Klausel wurde 1996 vom konservativen Präsidenten Frederick Chiluba in die Verfassung eingeführt. Damit ist voraussichtlich der Weg frei für den von Sata als Nachfolger favorisierten Verteidigungs- und Justizminister Edgar Lungu. Scott und Lungu gehören zwar derselben Partei an – der *Patriotic Front* (PF) –, sind jedoch in einen tiefgreifenden Machtkampf verstrickt. Neben Lungu, der auch Generalsekretär der Regierungspartei ist, werden Finanzminister Alexander Chikwanda, der frühere Verteidigungsminister Geoffrey Mwamba sowie Mulenga Sata, Bürgermeister von Lusaka und Sohn



Michael Chilufya Sata

des verstorbenen Präsidenten, als Kandidaten genannt.

Auf Seiten der Opposition schließt Satas Amtsvorgängerin, Rupiah Banda, die wegen Unterschlagung vor Gericht steht, eine Rückkehr in die Politik nicht aus. Banda war 2011 von einer Welle der Unzufriedenheit mit sozialen Mißständen und Korruption aus dem Amt gefegt und durch den Populisten Sata ersetzt worden. Trotz dessen aufsehenerregender Kritik, z. B. an den Praktiken der chinesischen Konzerne, die den zambischen Bergwerkssektor dominieren, ist eine Trendwende allerdings nicht in Sicht. Die Arbeitslosigkeit in Zambia wird auf etwa 60% geschätzt.

Südafrikanische Metallarbeitergewerkschaft aus COSATU ausgeschlossen. Bei einer dramatisch verlaufenen Sitzung des *Central Executive Committee* des *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) wurde der Ausschluß der über 300.000 Mitglieder starken Metallarbeitergewerkschaft NUMSA aus der Organisation beschlossen; 33 Teilnehmer/innen stimmten für, 24 gegen diese Entscheidung.

Schon seit Monaten hatte sich eine solche Entwicklung, welche die innenpolitische Situation in Südafrika gravierend verändern könnte, abgezeichnet. Im Dezember 2013 hatte das höchste Gremium von NUMSA, der Kongreß, dem regierenden *African National Congress* (ANC) die Unterstützung für die bevorstehenden Wahlen verweigert (COSATU ist mit dem ANC und der Kommunistischen Partei/SACP Mitglied in der sog. tripartiten Allianz). Die Gründe dafür sind komplex. NUMSA hatte zuvor den von COSATU suspendierten Generalsekretär Zwelinzima Vavi, der den ANC und Präsident Jacob Zuma mehr-

fach öffentlich kritisiert hatte, in seinem erfolgreichen gerichtlichen Kampf um seine Wiedereinstellung unterstützt. Während Vavi jedoch für die grundsätzliche parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung eintritt, arbeitet NUMSA an der Gründung einer Arbeiter- oder Linkspartei, die sich gegen die SACP und den in ihren Augen „bürgerlichen“ ANC richtet. Die Führung der Metallarbeiter steht damit in Kontinuität zum ANC- und SACP-kritischen Gewerkschaftsbund FOSATU, der unter dem Druck der erstarkten Bürgerrechtsbewegung der frühen 1980er Jahre in COSATU aufgegangen war.

NUMSA-Generalsekretär Irvin Jim wertete den Ausschluß seiner Organisation aus dem Gewerkschaftsdachverband als Manöver von ANC und SACP gegen Andersdenkende und schloß gerichtliche Schritte gegen COSATU-Präsident S'dumo Dlamini nicht aus. Proponenten der geplanten Linkspartei warfen der COSATU-Führung gleichzeitig vor, in entscheidenden Fragen wie der Jugendbeihilfe, dem elektronischen Mautsystem um Johannesburg (von der österreichischen Firma Kapsch errichtet), dem *National Development Plan* und v. a. dem Mord an Marikana klein beigetragen zu haben. Man werde nun versuchen, gemeinsam mit nahestehenden Gewerkschaften einen Gegenverband zu gründen. Beobachter gehen davon aus, daß die neue Partei versuchen könnte, nach und nach die *Economic Freedom Fighters* des aus dem ANC ausgeschlossenen Jugendführers Julius Malema aufzusaugen; ob dies freilich gelingen wird – oder eher das Gegenteil eintritt –, bleibt abzuwarten.

Südafrika für Reform des UNO-Sicherheitsrats. In seiner Rede im

Rahmen der diesjährigen Debatte der 69. UN-Generalversammlung kündigte Staatspräsident Jacob Zuma am 25. September verstärkte Anstrengungen zur Reform des Sicherheitsrates an. „Vor zehn Jahren, 2004, sprachen die Führer dieser Welt anlässlich des 60. Gründungsjubiläums der Vereinten Nationen von der Notwendigkeit, den Sicherheitsrat zu reformieren. Im kommenden Jahr werden wir den 70. Gründungstag der UNO begehen – und da wir sollten in der Lage sein, ein konkretes Programm zu beschließen, das uns in Richtung eines gestärkten Sicherheitsrates führt, in dem auch Afrika einen permanenten Sitz hat“, erklärte Zuma unter starkem Beifall der blockfreien Delegierten.

Derzeit setzt sich der Sicherheitsrat aus 15 Mitgliedern zusammen, darunter fünf ständigen (USA, Großbritannien, Frankreich, Russische Föderation und China). Zwei permanente Sitze für Afrika zu erhalten, ist eine alte Forderung der Organisation für afrikanische Einheit bzw. der Afrikanischen Union, die von Südafrika vehement vertreten wird.

Wie Außenministerin Maite Nkomo-Mashabane in einem gleichzeitigen Interview in New York erklärte,



Zuma beim World Economic Forum on Africa, 2009

Malawi feiert 50 Jahre Unabhängigkeit

Die Herausforderungen für die Zukunft bleiben auf allen Ebenen enorm

Am 6. Juli 2014 feierte das offizielle Malawi den 50. Jahrestag der Unabhängigkeit von Großbritannien. Der heuer neu gewählte Präsident Peter Mutharika entzündete im Sportstadion der Hauptstadt Lilongwe eine große Feuerschale mit dem darauf befindlichen Logo „Malawi at 50“. Gleichzeitig wurde auch der Einführung eines demokratischen Staatswesens vor 20 Jahren gedacht. Bemerkenswert an der Feier war, daß als einziges ausländisches Staatsoberhaupt Zimbabwes Präsident Robert Mugabe anwesend war. Die ehemalige Kolonialmacht war durch *High Commissioner* Michael Nevin vertreten. Aus dem Nachbarland Tanzania nahm Vizepräsident Mohammed Gharib Bilal teil bzw. aus Moçambique Premierminister Alberto Vaquina.

Präsident Mutharika wies in seiner Ansprache auf die Erfolge bei der Überwindung der Armut hin und forderte die Bevölkerung zu noch größeren Anstrengungen auf. Politisch hat sich Malawi nach den ersten drei Jahrzehnten unter der autokratischen Führung von Präsident Hastings Kamuzu Banda seit 1994 als Mehrparteiendemokratie gefestigt, doch auf wirtschaftlicher Ebene ist das Land noch immer auf der Liste der am wenigsten entwickelten Länder der Welt zu finden. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner beträgt nur US \$ 328.-, und beim *Human Development Index* belegt Malawi lediglich den 170. Platz bei 186 erfaßten Staaten. Das in Folge der Unterentwicklung hohe Bevölkerungswachstum stellt eine weitere Herausforderung für das Land dar, insbesondere für die Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Setzt sich die Wachstumsrate von jährlich 2,8 Prozent in Zukunft fort, wird sich die Bevölkerung von heute rund 14 Millionen Menschen in 25 Jahren verdoppelt haben.



Bernhard Bouzek

sei Südafrika 2007/08 und 2011/12 nicht-ständiges Mitglied im obersten UN-Gremium gewesen und habe dabei wesentlichen Einfluß auf verschiedene Resolutionen ausgeübt. Dessenungeachtet müsse die Stimme Afrikas institutionalisiert werden – zumal sich viele Themen auf der Tagesordnung des Sicherheitsrats aus den Problemen Afrikas ergäben. „Wir verwenden immer noch die Instrumente von 1945, um die Herausforderungen der Welt von 2015 zu bewältigen.“

SADOCC hat bereits mehrfach die österreichische Außenpolitik dazu aufgerufen, die Forderung Afrikas nach zwei ständigen Sitzen im UN-Sicherheitsrat zu unterstützen.

Russische Atomreaktoren. Der russische Energiekonzern Rosatom wird bis 2023 acht Atomreaktoren an Südafrika liefern. Darauf einigten sich das Unternehmen und die südafrikanische Regierung am Rande der diesjährigen Generalkonferenz der

Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) gegen Ende September in Wien. Rosatom bringe das Geschäft zwischen 40 und 50 Milliarden Dollar ein (31 bis 39 Milliarden Euro), sagte Konzernchef Sergej Kirijenko. Der Agentur *Itar Tass* zufolge sind die geplanten Kraftwerke die ersten in Afrika mit russischer Technologie. Ein zweites Abkommen über die Lieferung von zwei Reaktoren wurde mit Jordanien unterzeichnet.

Wahlen in Moçambique. Wie die nationale Wahlkommission am 30. Oktober bekanntgab, erreichte der Kandidat der regierenden *Frelimo*, der frühere Verteidigungsminister Filipe Nyusi, bei den Präsidentschaftswahlen vom 15. Oktober 57% der Stimmen und wird somit die Nachfolge des derzeitigen Staatsoberhauptes Armando Guebuza antreten. Auf seinen Gegenkandidaten, *Renamo*-Führer Afonso Dhlakama, entfielen 36,6%.

Bei der gleichzeitig abgehaltenen Parlamentswahl erzielte *Frelimo* mit 144 Mandaten zwar eine komfortable Mehrheit, verlor jedoch 47 und somit die bisher gehaltene Zweidrittelmehrheit. *Renamo* wiederum, offensichtlich gestärkt durch den kürzlich abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag (INDABA 83/14), konnte ihre Position im Parlament erheblich festigen und steht nun bei 89 (statt bisher 51) Sitzen. Auch die dritte parlamentarische Kraft, die *Demokratische Bewegung von Moçambique (MDM)*, konnte ihren Stimmenanteil verdoppeln und steigerte sich von 8 auf 17 Mandate.

Beide Oppositionsparteien klagten über Unregelmäßigkeiten im Wahlverlauf und erhoben gegen das Wahlergebnis Einspruch. Anlaß dazu boten nicht nur Unzukömmlichkeiten auf lokaler Ebene, sondern auch ein umstrittenes Verfahren der Nationalen

Wahlkommission zur Überprüfung von Stimmen, die auf Provinzebene als ungültig gewertet worden waren. Die Vertreter der Opposition hatten dagegen schon im Verlauf der Beratungen der Kommission Einspruch erhoben.

Einer stichprobenartigen Untersuchung von Joe Hanlon und Teresa Smart zufolge dürften in etwa 10% aller Wahllokale Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein – nach Ansicht der beiden Autoren ein zu hoher Wert in einem Land, das bereits seine fünften Mehrparteienwahlen abgehalten hat.

2002er-Wahlen in Zimbabwe nicht „frei und fair“. Daß die damaligen Parlamentswahlen auf einen Sieg der *ZANU PF* „hingetrimmt“ wurden, konnte damals angesichts einer Orgie von Gewalt gegen die Opposition und der angedrohten Streichung von Hungerhilfe für oppositionelle Regionen jeder mit freiem Auge sehen – nur das offizielle Südafrika gab sich blind. Während die Wahlbeobachter unterschiedliche Meinungen vertraten und ihr Vorsitzender, der Geschäftsmann Sam Motsuenyane, dem damaligen Präsidenten Thabo Mbeki mündlich einen „freien und fairen“ Wahlcharakter bestätigte, hielt die Regierung den Bericht zweier südafrikanischer Richter geheim. Erst nach jahrelangen Prozessen erhielt die Johannesburger Zeitung *Mail&Guardian* im November 2014 die verfassungsgerichtliche Erlaubnis, in den von Dikgang Moseneke und Sisi Khampupe verfaßten Report Einsicht zu nehmen. Damit wurde endlich dem südafrikanischen *Promotion of Access to Information Act* Rechnung getragen.

Die beiden prominenten Juristen waren 2002 (!) einerseits zu der Einschätzung gekommen, daß die Wahlen selbst technisch in Ordnung gewesen waren, die Periode vor dem

Wahltag jedoch in hohem Ausmaß von Einschüchterung und Gewalt gegen Vertreter/innen der Oppositionspartei *MDC* gekennzeichnet war. Nicht weniger als 107 Menschen waren gewalttätigen Übergriffen zum Opfer gefallen. Zahlreiche Gesetze waren zudem zugunsten der Regierungspartei geändert und die Anzahl der Wahllokale wesentlich reduziert worden, und zwar in jenen (meist städtischen) Gebieten, deren oppositionelle Ausrichtung bekannt war.

In der Tat hatte 2002 erstmals die Möglichkeit einer Abwahl der seit 1980 regierenden *ZANU PF* bestanden: Die noch bei den Präsidentschaftswahlen 1996 gegebene Mehrheit von 93% war auf 51,9% gesunken – nicht zuletzt deshalb waren Manipulation und Terror für Mugabe und seine Partei überlebensnotwendig.

50 Jahre Silveira House. Das bekannte jesuitische Bildungszentrum in Harare feierte im Oktober sein fünfzigjähriges Bestehen. 1964 von John Dove SJ gegründet setzt(e) sich das Zentrum für die politische und soziale Transformation Zimbabwes ein. Während der letzten Jahre der Kolonialzeit unterstützte es die Befreiungsbewegungen dabei, ihren Kurs zu bestimmen, und dieses Engagement setzte sich nach 1980 fort. War am Anfang politische Bildung im Vordergrund gestanden, bezogen die Veranstaltungen später verstärkt auch die industriellen Beziehungen ein, förderten das Bewußtsein für Kooperativen sowie für Frauen- und Jugendorganisationen. Führer der Befreiungsbewegung wie Präsident Mugabe frequentierten die Einrichtung ebenso wie Gewerkschafter, etwa sein Gegenspieler und bis vor kurzem Ministerpräsident Morgan Tsvangirai.

Paukenschlag in Gaborone

Menschenrechtsjuwel im Südlichen Afrika?

Kitso P. Phiri, ein Mitarbeiter von DITSHWANELO, dem Menschenrechtszentrum von Botswana, zieht in diesem Originalbeitrag für INDABA eine kritische Bilanz der Parlamentswahlen vom Oktober 2014 und der menschenrechtlichen Situation in seiner Heimat.

Am 24. Oktober 2014 fanden die elften Mehrparteien-Wahlen in Botswana statt. Alle früheren Wahlen – seit der Unabhängigkeit des Landes 1966 – werden als frei und fair eingeschätzt (zu den letzten Wahlen 2009: INDABA

Parlamentsdebatten sowohl von staatlichen als auch privaten Medien live übertragen, und ebenfalls zum ersten Mal versuchte ein Präsident der Republik die Angelobung der neu gewählten Abgeordneten hinauszuzögern, und zwar als Reaktion auf ein Gerichtsverfahren, das seine eigene Partei involvierte.

Botswana gilt deswegen oft als „demokratisches Juwel Afrikas“ und wird für sein ununterbrochenes Festhalten an Mehrparteien-demokratie, das relativ niedrige Niveau der Korruption und seinen Respekt vor Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit gelobt. Die breite Zustimmung der Bevölkerung, derer sich die seit 1966 regierende *Botswana Democratic Party (BDP)* bisher erfreuen konnte, nahm laut

auch der Oppositionskandidaten, auf angebliche Menschenrechtsverletzungen durch regierungsnahe Institutionen, die öffentlichen Debatten und Medienberichte und schließlich auf wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Regierungspartei selbst.

Seit der Unabhängigkeit 1966 gilt in Botswana ein parlamentarisches *Westminster*-System, ein Erbe des britischen Kolonialismus (das Land war zwischen 1885-1966 zwar keine eigentliche Kolonie, aber doch ein Protektorat). Es gilt daher ein Mehrheitswahlrecht (*first-past-the-post*). Dieses hat unsere Demokratie zwar stabilisiert und ermöglicht enge Kontakte zwischen den Abgeordneten und ihrem Wahlkreis, hat aber auch seine Grenzen. Es reflektiert nämlich nicht notwendigerweise den Wählerwillen in seiner Gesamtheit, weil immer der stimmenstärkste Kandidat gewinnt und es keine proportionale Aufteilung

der für andere Parteien abgegebenen Stimmen gibt. Das kann dazu führen, daß eine Regierung von einer Minderheit gebildet wird. 1999 zum Beispiel erhielt die BDP 54% der Stimmen, jedoch 83% der Mandate. Die Botswana National



Volkstänzer vor dem Three Kings Monument in Gaborone. Die drei Tswana-Könige, die 1895 verhinderten, daß ihre Staaten dem britischen Imperialisten Cecil Rhodes unterstellt wurden (INDABA 23/99), werden in Botswana bis heute sehr verehrt. Die meisten Staatspräsidenten seit 1966 kamen aus der Khama-Dynastie.

64/09). Der heurige Wahlgang hingegen war der am meisten umstrittene in unserer Geschichte – mit einer Reihe von Elementen, die zum ersten Mal passierten: Zum ersten Mal schafften es die Oppositionsparteien, zusammen fast ein Drittel der Parlamentssitze zu erobern, zum ersten Mal wurden

Wahlergebnis 2014 jedoch merklich ab. Zurückgeführt wird dies auf das unerwartet wiederentstandene politische Interesse der Jugend an den oppositionellen Parteien, größere demokratische Reife sowohl seitens der Wählerschaft als

Politisches Interesse der Jugend

Probleme des Mehrheitswahlrechts

Front hingegen stieg mit 25% aus dem Wahlgang aus, erhielt aber nur 15% der Mandate.

Auch die Parlamentswahlen von 2014 lassen die Schwächen des gegenwärtigen Wahlrechts erkennen. Die Wahlen waren frei und fair, und die regierende Partei ging aus ihnen siegreich hervor und erhielt mit 46,7% der Stimmen insgesamt 37 Mandate. *Umbrella for Democratic Change (UDC)*, die zum ersten Mal antrat, entsendet nun mit 30,8% der Stimmen 17 Abgeordnete, während auf die *Botswana Congress Party (BCP)* nur drei Mandate entfielen, obwohl 20,43% der Wähler/innen dieser ihre Stimme gaben. Aber: Hätte das südafrikanische Proportionalwahlrecht gegolten, dann hätte die BDP nur 26, die vereinigten Opposition hingegen 31 Mandate auf sich vereinigt.

Dank des herrschenden Wahlrechts repräsentiert die künftige Re-



Staatspräsident Ian Khama: Verletzte er die Verfassung?

gierung also weniger als die Hälfte der Bevölkerung – zum ersten Mal in der Geschichte Botswanas.

diese Entwicklung mag auch zu den Ereignissen, die auf die Wahlen folgten, beigetragen haben. Am 29. Oktober – einen Tag nach seiner zweiten Angelobung – verweigerte der Staatspräsident, Lieutenant General Ian Khama, die Unterschrift unter eine Proklamation, welche die elfte Legislaturperiode des Parlaments eröffnen sollte; die Vereidigung der Abgeordneten, die am selben Tag hätte stattfinden sollen, wurde dadurch auf unbestimmte Zeit vertagt. Als Grund dafür gab der

Plante Khama Verfassungs- putsch?

Präsident ein in der zehnten Legislaturperiode verabschiedetes *Parliamentary Standing Orders Amendment* an, das an die Stelle der früher üblichen offenen Abstimmung ein geheimes Wahlverfahren für die Wahlen des stellvertretenden Staatspräsidenten sowie des Parlamentspräsidiums gesetzt hatte.

Obwohl es seine eigene Partei, die BDP, gewesen war, die diesen Beschluß gefaßt hatte, focht der Präsident diese neue Regelung durch seine persönlichen Rechtsanwälte als verfassungswidrig an.

Der *High Court* wies die Argumente des Präsidenten jedoch zurück, und eine Berufung dagegen wurde vom Appellationsgericht ebenfalls abgelehnt.

Der Vorgang berührte eine ganze Reihe von verfassungsrechtlichen und politischen Fragen. Es waren private Rechtsanwälte, die auf Geheiß des Präsidenten eine Verfassungsklage gegen die Führung des Parlaments sowie die Regierungspartei einbrachten, und nicht – wie es verfassungskonform gewesen wäre – der Generalstaatsanwalt. Daher erhebt sich die Frage, ob die Vorgangsweise des Präsidenten überhaupt verfassungskonform war, und in welcher Eigenschaft er diese

Klage einbrachte. Die politischen Motive für seine Vorgangsweise sind an sich unbekannt. Medien spekulierten jedoch über interne Konflikte innerhalb der BDP, insbesondere mit Bezug auf die Nachfolge des derzeitigen Präsidenten (*Anm. d. Red.: Diese Berichte gingen davon aus, Ian Khama hätte seinen Bruder, Tshekedi Khama, als Vizepräsidenten und insofern potentiellen Nachfolger installieren wollen und daher eine offene Abstimmung bevorzugt, bei der sich innerparteiliche Widersacher deklarieren hätten müssen*).

die Wahlen von 2014 und die Ereignisse danach veränderten die Politik in Botswana, wie wir sie bisher kannten, zutiefst. Nun werden auch in der Öffentlichkeit Rufe nach einer Verfassungsänderung laut, wie sie von der Wissenschaft, politischen Analytikern und den Oppositionsparteien schon seit langem erhoben wurden. Im Wahlergebnis brachte die Bevölkerung ihre wirklichen Präferenzen zum Ausdruck. Die BDP war in der Tat geschockt über den Verlust von acht Sitzen an die Opposition. Und die Verfassungsklage und die Reaktionen darauf lassen eine Überprüfung einer Reihe von Klauseln in der Verfassung als erforderlich erscheinen, insbesondere über die Rolle und Arbeitsteilung der verschiedenen Träger der Regierungsgewalt.

Botswana kann als ein „*de facto-Einparteienstaat*“ charakterisiert werden, weil seit 1966 nur eine einzige Partei die Regierung gestellt hat. Das heißt aber nicht, daß es in Botswana keinen offenen politischen Wettbewerb für eine Ablöse der Regierung durch Wahlen gibt. Gründe, die zu dieser Situation führten, liegen vielmehr in der Schwäche der Oppositionsparteien, in denen es oft zu internen Fraktionsbildungen und Abspaltungen kommt.

Neuerdings wurden zwischen einigen Parteien Koalitionen gebildet, um für die Wahlen 2014 stärkere wahlwerbende Gruppen zu bilden. Die Umbrella for Democratic Change ist das Resultat einer solchen Koalition, bestehend aus der *Botswana National Front (BNF)*, der *Botswana Peoples' Party (BPP)* und dem *Botswana Movement for Democracy (BMD)*.

Der Kontext der Wahlen von 2014 könnte sich nun als Beginn einer Veränderung der politischen Usancen in Botswana erweisen, auch im Licht der jüngsten behaupteten Menschenrechtsverletzungen von Regierungsagenturen (INDABA 83/14). Von einem zivilgesellschaftlichen Standpunkt aus wird Botswana im Südlichen Afrika wie auch international zwar als ein Champion des Respekts fundamentaler Freiheiten und Bürgerrechte und der Rechtsstaatlichkeit gesehen. Das schlägt sich in der institutionalisierten Bereitschaft zur Abhaltung von Wahlen alle fünf Jahre nieder, in der Beachtung der zivilen und politischen

DITSHWANELO,

das Menschenrechtszentrum von Botswana, entstand 1993. Es setzt sich für Veränderungen in menschenrechtsrelevanten Gesetzen, Politik und Verwaltungspraxis ein und möchte das öffentliche Bewußtsein hinsichtlich von Rechten und Verantwortlichkeiten der Bevölkerung stärken. DITSHWANELO arbeitet in den Sektoren „Zugang zum Recht“, „Regionale Solidarität“ und „Bewußtseinsbildung und Verantwortlichkeit“.

Die Organisation hat ihren Sitz in Gaborone und verfügt über eine Außenstelle in Kasane (www.ditshwanelo.org.bw).

Bürgerrechte – so des Rechts, eine Regierung ihrer Präferenz zu wählen –, in einem funktionierenden und unabhängigen Justizwesen und offenem politischen Wettbewerb im Rahmen einer Mehrparteiendemokratie.

Andererseits aber hat Botswana keinen guten Ruf, wenn es darum geht, internationale Menschenrechtsinstrumente in nationales Recht zu übertragen und vor den entsprechenden Foren darüber zu berichten. Diese

Haltung verweigert den Bürger/inne/n von Botswana einen international vereinbarten Schutz ihrer Menschenrechte. So wurde die Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) hierzulande weder ratifiziert noch umgesetzt, weshalb den Gerichten eine entsprechende Judikatur über Verpflichtungen des Staates unmöglich ist.

Es hat weiters den Anschein, daß Botswana nicht bereit ist, traditionelle Praktiken abzuschaffen, die einen Schatten auf seinen Respekt vor Menschenrechten werfen. So ist die Todesstrafe als Höchststrafe für verurteilte Mörder/innen noch immer aufrecht, und es gibt keine Bereitschaft zur Anerkennung von Homosexuellen und Lesben als eigene schutzbedürftige Gruppe.

DITSHWANELO hat daher die Manifeste aller wahlwerbenden Parteien hinsichtlich ihrer Einstellung zu den Menschenrechten analysiert, um an ihnen die Entschlossenheit einer zukünftigen Regierung zur Einhaltung und zum Schutz der Menschenrechte beurteilen zu können.

Die zuletzt erwähnte Studie ist auf unserer Homepage www.sadocc.at im englischen Volltext abrufbar (Fahne von Botswana anklicken).

Kaum Respekt vor Minderheiten

Todesstrafe in Botswana

Seit der Unabhängigkeit 1966 wurden in Botswana 47 zum Tod verurteilte Gefangene gehängt, zuletzt 2013 ein 33jähriger Mehrfachmörder aus Letlhakane. Außenstehende und Medien sind bei den Hinrichtungen nicht zugelassen, Informationen werden vom *Botswana Prisons Service* grundsätzlich nicht freigegeben.

Die Pressesprecherin von *Ditshwanelo*, Tlatsetso Palime, meint, es bestünde große Besorgnis über die abgeschottete und offenbar willkürliche Praxis der Todesstrafe. Ditshwanelo trete für die Veränderung der derzeitigen Vergeltungsjustiz zugunsten einer Versöhnungsjustiz ein. „Der Fokus sollte auf der Bestrafung des Täters, aber auch auf der Heilung der Familien von Täter und Opfer liegen“, so Palime. „Das wird letzten Endes der gesamten Gesellschaft zugute kommen. Die Todesstrafe schafft eine Situation, die nicht mehr rückgängig zu machen ist. Sich zu verändern und eine gegebene Lebenssituation ins Bessere zu transformieren, ist jedoch ein Menschenrecht, das jeder Person zusteht.“

Botswana ist eines der wenigen SADC-Mitgliedsländer, welche die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben; in ganz Afrika sind es 36 Staaten, von denen jedoch 22 ein Moratorium verhängt haben, also keine Todesurteile mehr ausgesprochen werden. In der *Southern African Development Community* gelten Botswana, Zimbabwe und Swaziland als Befürworter, Madagascar, Moçambique, Südafrika und die Seychellen als Gegner der Todesstrafe.

Tebogo Kgalemang (*Botswana Gazette*)

Rohstoff-Reich

Jakob Krameritsch nahm an einer Tagung über die Kontinuitäten kolonialer Ausbeutung im südlichen Afrika teil.

Die Entdeckung von Diamanten (Kimberley, 1867) und Gold (Johannesburg, 1886) war konstituierend für die südafrikanische Siedlerkolonie und des darauf aufbauenden Apartheidregimes. Das innerhalb der Bergbauindustrie vorangetriebene „migrant labour system“ war Kern- und Angelpunkt der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Apartheid: Das Land und seine enormen (Rohstoff-)Res-



ourcen, die ökonomische Macht, sollte der weißen Minderheit vorbehalten bleiben, die Ausbeutung billiger schwarzer Arbeitskraft sollte ihren Reichtum sichern. Apartheid versprach hohe Gewinnmargen, nicht nur für die ansässige weiße Minderheit, sondern auch für Staaten und Unternehmen des globalen Nordens. Insofern investierten viele von ihnen in das Land – und zwar nicht trotz, sondern wegen Apartheid, und stützten so das Regime in erheblichem Ausmaß. Die mit der demokratischen Wende 1994 verbundenen Hoffnungen richteten sich demnach auch auf eine Umverteilung von Reichtum und (Land-)Besitz. Das Ende von Apartheid sollte zu verbesser-

ten Arbeitsbedingungen führen und dazu, daß der Reichtum im Land bleibt. Doch: Ist das der Fall?

Eine Tagung unter dem Titel „Die Bergbauindustrie im südlichen Afrika – 20 Jahre Kontinuität und Wandel“, organisiert von der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika, dem Zentrum für Afrikastudien Basel, dem Afrika-Komitee und Solifonds, die Anfang November in den Räumen der Basler Afrika Bibliographien stattfand, zog Bilanz. Und diese, so der Tenor der Tagung, zu der auch Wissenschaftler/inn/en und Aktivist/inn/en aus dem südlichen Afrika geladen waren, sieht nicht gut aus.

Schon im Eröffnungsvortrag stellte der Soziologe und Bergbauexperte Philip Frankel fest, daß es zwar Ansätze zu einem positiven Wandel gäbe, wie etwa den „Minerals and Petroleum Resources Development Act“, der Kriterien für Schürfrechte vorgibt. Nicht zuletzt aber, da Verstöße gegen dieses Gesetz vielfach unsanktioniert blieben, können sich Logiken und zentrale Prinzipien kolonialer Ausbeutung fortschreiben. Das Massaker von Marikana im August 2012, bei dem die südafrikanische Polizei 34 streikende Minenarbeiter erschoss, sei nicht als tragischer und brutaler Ausreißer zu werten, sondern vielmehr Symptom eines krisen- und konfliktgebeutelten Systems – den sozio-ökonomischen Weichenstellungen der Post-Apartheid Ordnung, von der transnationale Unternehmen weiterhin profitieren.

Daß diese Profite auf Kosten der ansässigen Bevölkerung, deren Gesundheit und deren Umwelt gemacht werden, wurde im Laufe der Tagung an mehreren Beispielen verdeutlicht. Vama Jele etwa, ehemaliger Minenarbeiter und Leiter der „Swaziland Migrant and Mineworkers Association“, setzt sich in zähem und nicht immer erfolgreichem Kampf für verbesserte Löhne und gesundheitliche Versorgung von Minenarbeiter/inn/en ein. Die profilierte Ökonomin Mascha Madörin und der Historiker Jo Lang beschäftigten sich mit der Rolle der Schweiz – und stellten ihr kein gutes Zeugnis aus, weder während noch nach der Apartheid. Der charismatische Leiter der „Bench Marks Foundation“ und Bischof von Pretoria, Jo Seoka, unermüdlicher Kämpfer für die Rechte der Arbeiter/inn/en rund um Marikana, rief zur Solidarität auf: Gerade weil der Gegner nicht mehr so einfach zu identifizieren sei wie in der Apartheid-Ära, sei internationale Zusammenarbeit gegen komplexer funktionierende, transnationale Unrechtsregime dringender denn je. ■

Jakob Krameritsch ist Historiker an der Akademie der bildenden Künste Wien. 2013 erschien die von ihm herausgegebene Übersetzung des den Streikenden nahestehenden Sammelbands „Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika“ mit Beiträgen von Peter Alexander, Thlapelo Lekgowa, Botsang Mmope, Luke Sinwell und Bongani Zezei.

Ansätze eines Grundeinkommens in Zambia

Bargeld-Transfer-Programme für die Armen erweisen sich auch als sinnvolle Klimaanpassungsstrategie, berichtet Friday Phiri (IPS).

In der letzten Saison habe ich wegen der lang anhaltenden Dürre auf einem ganzen Hektar Land meine Erdnußernte verloren“, erzählt Josephine Chaaba aus dem Bezirk Pemba im Süden Zambias. „Mein Einkommen hängt aber von den Erdnüssen ab.“

In der Region, die von der zambischen meteorologischen Behörde als regenarm eingestuft wird, leben die meisten Familien von der Landwirtschaft. Sie haben schon alle die Erfahrung gemacht, einen Teil der Ernte zu verlieren. Doch immer wenn das Klima zuschlägt, erweisen sich die Familien als erstaunlich widerstandsfähig.

„Die Niederschläge werden immer unberechenbarer“, berichtet Chaaba. „Als mein Mann 2002 verstarb, beschloß ich, Paradeiser und Gemüse für den Verkauf anzubauen, um meine Familie zu ernähren.“ Die 60-Jährige versorgt ihren 17-jährigen Sohn und zwei Enkel. Da sie nur über ein Startkapital von 200 zambischen Kwacha (rund 35 US-Dollar) verfügte, beantragte sie einen Regierungskredit zur Absicherung sozial schwacher Familien.

Stella Kapumo arbeitet im Amt für soziale Wohlfahrt im Bezirk Pemba. Wie sie erläutert, gibt es insgesamt drei Programme der sozialen Absicherung, von denen die Menschen in den Gemeinden profitieren können.

Über das Hilfsprogramm für öffentliche Wohlfahrt können Familien um materielle Unterstützung wie Obdach und Lebensmittel ansuchen. Darüber hinaus gibt es das Programm für den Transfer von Bargeld und den Fonds für soziale Absicherung.

Das *Cash-Transfer-Programm* stellt armen Familien und denjenigen Haushalten, in denen Menschen mit Behinderungen leben, alle zwei Monate zwischen 25 und 50 US-\$ zur Verfügung. Geld vom Fonds für soziale Absicherung kann nur einmal beantragt werden und sieht die Auszahlung von bis zu 670 \$ als Startup-Hilfe für ein Unternehmen vor.

„Die Bargeldprogramme sind nicht nur äußerst beliebt, sondern auch wirksam. Sie befähigen die Menschen in den armen Gemeinschaften, sich den sozioökonomischen Herausforderungen in ihren Gemeinden zu stellen“, berichtet Kapumo. „Hier in Pemba greifen die Menschen am liebsten auf den Fonds für soziale Absicherung zur Gründung eines eigenen Geschäfts zurück.“

Was 2003 als Pilotprojekt im Bezirk Kalomo im Süden Zambias begann, hat sich inzwischen in 50 Bezirken durchgesetzt und sichert etwa 60.000 Haushalte sozial ab. „Ich habe von einem Kredit in Höhe von 1.500 Kwacha (250 Dollar) profitiert, um mein Geschäft zu starten“, sagt Chaaba.

„Jetzt muß ich nur hart genug arbeiten, damit sich mein Geld vermehrt. Dann werden auch die Schulgebühren für meinen Sohn und meine Enkel kein Problem mehr sein. Ich bin der Regierung sehr dankbar dafür, daß sie dieses Programm ermöglicht hat.“

Doch sie und viele andere Bauern in Zambia bekommen seit geraumer Zeit die negativen Folgen des Klimawandels zu spüren. Um Klimaanpassungsmaßnahmen finanzieren zu können, fehlt den meisten das Geld. Auch hier wollen die Behörden helfen, wobei ihrem Programm für soziale Absicherung eine Schlüsselrolle zukommen könnte. Mutale Wakunuma vom Zambia-Büro der Afri-

kanischen Plattform für Sozialschutz, konnte sich nach eigenen Angaben selbst von den positiven Auswirkungen der Bargeld-Transfer-Programme zum Schutz armer Familien überzeugen. Ihnen komme bei der Klimaanpassung eine besondere Bedeutung zu, sagt er.

„Wir glauben, daß die Bargeld-Transfer-Programme den Nutznießern die Flexibilität bieten, die sie brauchen, und wir ermutigen die Menschen dazu, diese als Instrumentarium der Klimaanpassung in Erwägung zu ziehen“, erläutert Wakunuma. Die Regierung will mit diesen Mechanismen bis 2015 mehr als 390.000 Haushalte erreichen. Der Aktivist ist aber auch der Ansicht,

Populär und wirksam

daß eine umfassende Strategie zur Klimaanpassung erforderlich ist.

Robson Nyirenda vom *Kasisi-Zentrum für landwirtschaftliches Training* ist der Meinung, daß es im Kampf gegen sozioökonomische Probleme auch auf die Wissensvermittlung ankommt. Seine Institution, die von der Gesellschaft Jesu geleitet wird, macht Kleinbauern mit nachhaltigen Agrarpraktiken vertraut, die ihnen bei der Klimaanpassung helfen. *„Wir sind der Meinung, daß Wissen nachhaltig ist und ein Leben lang nutzt. Jedoch dürfen wir uns nicht der Tatsache verschließen, daß einige Menschen gefährdeter sind als andere und zum Überleben Unterstützung in Form von*

Bargeld oder Nahrungshilfe brauchen“, sagt er.

der 22-jährige Allens Malambo aus Pemba ist Waise. Wie er berichtet, hat sich der Überlebenskampf für ihn und seine sechs Geschwister aufgrund des klimabedingten Ertragsrückgangs verschärft. Deshalb ist er froh, daß er sich für ein Cash-Transfer-Projekt qualifizieren konnte. *„Mit 64 hat unsere Großmutter nicht mehr die Kraft, uns zu ernähren. Doch mit dem Geld werde ich mir meinen Traum, die höhere Schule zu besuchen, erfüllen können. Ich werde zudem die Regierung bitten, mehr zu investieren, um uns jungen Leuten, die wir meist arbeitslos*



Allens Malambo freut sich über seine Einbeziehung ins Grundversorgungsprogramm von Zambia

sind, zu helfen“, meint Malambo, der mit dem Darlehen in Höhe von 420 US-Dollar zudem seine Geflügelzucht ausbauen will.

Kenneth Kaunda und Bruno Kreisky

Die intensivste Zeit österreichisch-zambischer Zusammenarbeit war von diesen beiden Staatsmännern geprägt. Philipp Otto setzte sich in seiner Diplomarbeit (Wien 2012) damit auseinander:

Österreich war Zambia gegenüber damals ein ernsthafter Ansprechpartner in Fragen der internationalen Politik, und die Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Organisationen war durchwegs von hervorragender Kooperation geprägt. Dennoch war es, und das fiel vor allem in den Anfangstagen der Sanktionen gegen Rhodesien sehr stark auf, nicht immer ganz einfach, Ideologie bzw. Idealismus gegen wirtschaftliche Interessen durchzusetzen.

Man war in Wien zwar rhetorisch massiv gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung im südlichen Afrika, ließ aber andererseits im Zuge der internationalen Wirtschaftssanktionen gegen das Regime in Rhodesien einen besonderen Umsetzungseifer vermissen, was eine gewisse Diskrepanz zwischen einer ideologisch fundierten Außenpolitik und der Realität einer nach Marktgesetzen funktionierenden Weltwirtschaft offenbarte.

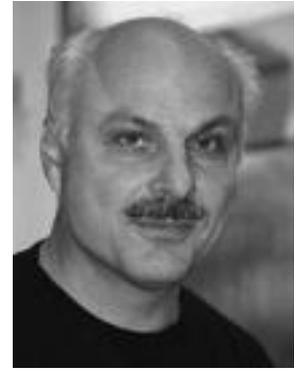
Andererseits waren es wieder auch wirtschaftliche Interessen, die die Intensivierung der Beziehungen Mitte der 1970er zumindest erleichterten und in der Botschaftsgründung in Lusaka ihren vorläufigen Höhepunkt fanden.

Erst rund um 1973, als sich die Lage Zambias im Kontext der Rhodesienkrise massiv verschlechterte und Österreich zudem in der entsprechenden UNO-Mission vertreten war, kam es zu einer vertieften Beschäftigung Wiens mit Lusaka. In den frühen 70er Jahren trugen zudem gesteigerte Hoffnungen auf dem wirtschaftlichen Sektor (Zambia sowohl als Absatzmarkt als auch als Rohstoffquelle), die bereits länger laufenden Entwicklungshilfen und – in den Worten Kenneth Kaundas – die ideologische Nähe der beiden Staaten dazu bei, Zambia endlich als lohnenswerten Partner anzusehen.

[Darüber hinaus] scheint es, dass die Beziehungen zwischen Wien und Lusaka über weite Strecken hauptsächlich von der persönlichen Beziehung zwischen Kreisky und Kaunda getragen wurden bzw. von deren ähnlichem Verständnis der Realitäten des internationalen politischen Systems. In den beginnenden 1980er Jahren stellte sich schon bald eine weitgehende Ernüchterung ein, die Beziehungen schienen einzuschlafen.

Ganz diesem Trend entspricht es auch, dass schon bald nach dem Rückzug Kreiskys aus dem politischen Leben die Botschaft in Lusaka (offiziell aus Kostengründen) geschlossen und das Entwicklungshilfeengagement Österreichs deutlich zurückgefahren wurde.

Ebola - nicht nur eine Gesundheits-Katastrophe



Von Adalbert Krims

Wenn Afrika in die Schlagzeilen kommt, dann muß etwas Negatives von größerem Ausmaß geschehen, das auch eine Bedrohung für „uns“ darstellt. Nach dem „islamistischen Terror“ hat nun auch die „Ebola-Epidemie“ den Sprung in die Headlines der westlichen Medien geschafft. Der UN-Sicherheitsrat hat im September 2014 in einer einstimmig verabschiedeten Resolution die derzeitige Lage in Westafrika sogar als „Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit“ eingestuft.

Das Virus ist nach dem kongolesischen Fluß Ebola benannt, in dessen Nähe es 1976 erstmals zu einem epidemischen Ausbruch der Fieberkrankheit kam, die in bis zu 90 Prozent tödlich endet. Die jüngste Ebola-Epidemie betrifft vor allem Guinea, Sierra Leone und Liberia, wo Ende Oktober mehr als 10.000 Menschen infiziert waren und schon über 5.000 gestorben sind. Diese Länder haben einen hohen Anteil an absoluter Armut (zwischen 53 % in Sierra Leone und 64 % in Liberia) und ein sehr schlechtes öffentliches Gesundheitswesen (Detail am Rande: in den Industrieländern arbeiten mehr Ärzte aus Liberia und Sierra Leone als in den beiden Ländern selbst!).

Dazu kommt, daß Liberia und Sierra Leone immer noch an den Folgen von Bürgerkriegen leiden. Das damit verbundene Mißtrauen in der Bevölkerung erschwert zusätzlich Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Ebola. Immer wieder tauchen Gerüchte auf, daß es Ebola gar nicht gibt bzw. die – oft in militärischer Begleitung durchgeführten – Ebola-Impfungen in Wirklichkeit nicht zum Schutz vor, sondern zur Verbreitung der Krankheit dienen.

Wie oft bei Verschwörungstheorien gibt es auch hier einen wahren Kern: Das südafrikanische Apartheidregime führte nämlich Anfang der 1980er Jahre ein Geheimprojekt durch („Project Coast“), das darauf abzielte, u. a. den Ebola-Virus in eine „ethnische“ biologische Massenvernichtungswaffe zu verwandeln, die nur Farbige tötet, Weiße aber nicht angreift. Das Programm wurde 1994 beendet – Forschungen in US-Laboren gingen aber offenbar weiter

(so wurde 2010 ein spezieller Ebola-Strang in den USA als Patent angemeldet). Daß die USA als Reaktion auf die Ebola-Epidemie 3.000 Soldaten nach Westafrika entsandt haben, ist natürlich Wasser auf die Mühlen solcher Verschwörungstheorien. Nun werden die US-Truppen sicherlich nicht entsandt, um Ebola zu verbreiten. Daher drängt sich doch eher der Verdacht auf, daß die USA auch diese Krise zum Vorwand nehmen, um ihre strategischen Ziele zu verfolgen und ihre Truppenpräsenz in Westafrika zu verstärken.

Ehemalige österreichische Entwicklungsarbeiter haben sehr klar festgestellt, daß Ebola „keine Naturkatastrophe“ ist, sondern eine „Krankheit der Armen“ und eine „Folge des (Welt-)Wirtschaftssystems“, das den verarmten Ländern Einsparungen bei den öffentlichen Gesundheitssystemen aufzwingt und die pharmazeutische und medizinische Forschung den Marktgesetzen unterwirft. Die Folgen der Epidemie gehen inzwischen weit über das Gesundheitsrisiko hinaus und betreffen das gesamte soziale und wirtschaftliche Leben, weil z. B. die Produktion (vor allem im ländlichen Raum) oder auch der Transport zusammengebrochen ist. Experten prognostizieren bereits Hungerkatastrophen in den ersten Monaten des kommenden Jahres.

Nach Angaben der Vereinten Nationen wäre eine Milliarde US-Dollar erforderlich, um eine Ausbreitung der Epidemie zu stoppen, also die Zahl der Infizierten auf einige zehntausend Menschen zu begrenzen. Für die Akutversorgung werden medizinisches Fach- und Pflegepersonal, aber auch entsprechende Behandlungseinrichtungen gebraucht. Derzeit geht es vor allem um die Abwendung einer humanitären Katastrophe ungeahnten Ausmaßes. Es müssen aber auch die über die unzureichende Gesundheitsversorgung hinausgehenden ökonomischen und sozialen Ursachen der Ebola-Epidemie untersucht und bekämpft werden. ■

Adalbert Krims ist Journalist in Wien. Er kommentiert für INDABA aktuelle entwicklungspolitische Trends.

Umbenennungen kommen vor, allerdings werden sie nur in Ausnahmefällen gemacht, weil der Bezirk sämtliche Kosten hierfür zu tragen hat – vom Austausch der Tafeln bis zu den Dokumentenänderungen der Anrainer/innen. Auf die Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Rings wurde bereits hingewiesen. Die meisten Umbenennungen waren freilich weit weniger spektakulär, manche muten merkwürdig an, wenn nur kurze Zeit nach der „Erstbenennung“ eine Umbenennung durch Ergänzung des Vornamens erfolgt. 2011 erhielt die Sängerin und Antipartheidkämpferin Miriam Makeba eine Ehrung in Form der Makebagasse. Im Jahr 2013 erhielt sie auch einen Vornamen und heißt seither Miriam-Makeba-Gasse (INDABA 80/13). Offensichtlich wollte man verdeutlichen, daß es sich bei der geehrten Person um eine Frau handelt. Warum dies nicht gleich geschah, ist rätselhaft.

Seit 1989 erfolgt die Benennung von Verkehrsflächen nach verstor-



Miriam Makeba

benen Persönlichkeiten frühestens ein Jahr nach dem Tod. Lebendbenennungen wurden schon 1894 abgeschafft, eine sog. Interkalarfrist wurde eingeführt (Ausnahmen gab es nur beim Kaiserhaus und bei Lueger). Das hat einen einsichtigen Grund: Niemand kann absehen, wie sich eine Person im Laufe ihres Lebens entwickelt. Erst in der Rückschau kann ein klareres Urteil gefällt werden. Nicht angewandt wurde die Interkalarfrist im Nationalsozialismus und in der sowjetischen Besatzungszone.

Die Verknüpfung einer Verkehrsfläche mit der Wirkungsstätte oder im weiteren Sinn auch mit der Leistung einer Person ist nicht schriftlich fixiertes Benennungsmuster, aber in der Praxis üblich (z.B. Josef Meinrad direkt vor dem Burgtheater oder der Dirigent Herbert von Karajan vor der Staatsoper). Gängige Praxis ist ferner ein Bezug zum Bezirk. Konkret heißt das, ein Bezug zum Wohnort, wie am Beispiel Angelo Soliman noch gezeigt wird.

Anzumerken ist, daß viele Verkehrsflächen von einzelnen Personen initiiert werden (die für sich genommen natürlich auch eine Interessensgruppe sind). Trotzdem gibt es gewisse Muster. Politische Parteien, die Kirchen, Verbände, Vereine, die Wirtschaft, aber auch Kammern und Gewerkschaften sind Interessengruppen.

Eine nähere Betrachtung der auf Afrika bezogenen Wiener Verkehrsflächen läßt neben zwei symbolischen Benennungen (Miriam Makeba, Angelo Soliman) noch die Gruppe der „Afrikaforscher“ (Völkerkundler, Anthropologen, Botaniker) erkennen. Darüber hinaus gibt es auch Maler und ältere Bezeichnungen mit Afrikakonnex.

Der 2013 im 3. Bezirk benannte Angelo-Soliman-Weg erinnert an Mmadi Make (gest. 1796), einen Sklaven,

der zuerst bei Fürst Lobkowitz (dem er als Soldat das Leben rettete), dann bei weiteren Fürsten als Kammerdiener fungierte. 1764 gewann er beim Kartenspiel eine hohe Summe, heiratete heimlich eine französische Witwe, integrierte sich erfolgreich in die Wiener Gesellschaft und ging als Hofmeister in Pension. Nach seinem Tod wurde er (wieder) auf seine Hautfarbe reduziert. Der erste österreichische Kaiser Franz I. (über den das „Schwarzbuch der Habsburger“ urteilt: „*Ein tolerantes, offenes Wesen ist ihm ebenso schwer anzudichten wie bestechende Intelligenz oder sprühende Energie*“) ließ Angelo Soliman nach dessen Ableben ausstopfen: „*In der Folge präsentierte der Kaiser seine Trophäe in einer naturwissenschaftlichen Kollektion gemeinsam mit einem Wasserschwein und Sumpfvögeln.*“ (Schwarzbuch, S. 163 und 167). Ein Bezug zum Bezirk ist die Benennung betreffend gegeben: Soliman wohnte einige Jahre auf Löwengasse 13.

Eine Abordnung von Marokkanern in Wien (1783) erregte ob der Exotik viel Aufsehen. Nach Abschluß eines Freundschafts- und Handelsvertrages



Angelo Soliman

Nelson Mandela-Platz in Wien?

Am 8. Jänner 1987 – zum 75. Gründungsjubiläum des *African National Congress* – benannten Aktivistinnen und Aktivisten der Anti-Apartheid-Bewegung die damals noch namenlose Gasse zwischen Ballhaus- und Minoritenplatz symbolisch als „Nelson Mandela-Straße“. Es gab erfreuliches Medienecho, und das für diesen Zweck angefertigte Straßenschild dekoriert bis heute die SADOCC-Bibliothek.

Vorangegangen war der Aktion im April 1986 ein Gespräch mit Bürgermeister Helmut Zilk, in dem erstmals die Benennung einer Verkehrsfläche oder Wohnhausanlage nach dem damals noch inhaftierten Führer des südafrikanischen Widerstands an die Stadt herangetragen wurde. Zilk stand dem Anliegen grundsätzlich positiv gegenüber, sein zuständiger Stadtrat verwies allerdings auf die Praxis, nichts nach lebenden Persönlichkeiten zu benennen. Allerdings gab es Fortschritte an anderen Fronten. Schon im Juli 1987 hatte Konsumentenstadträtin Friederike Seidl zum Boykott südafrikanischer Früchte aufgerufen, was u. a. die Magistratsabteilung 57 betraf; im Herbst 1989 erklärte sich die Stadt Wien mit Beschluß des Gemeinderats offiziell zur „apartheidfreien Zone“.

Mandela wurde freigelassen und schließlich Präsident, in Österreich trat SADOCC die Nachfolge der Anti-Apartheid-Bewegung an. Immer wieder wurde an die alte Forderung einer Straßenbenennung erinnert – 2007 zum Beispiel gemeinsam mit der Wiener Galerie *Habari* –, und immer wieder hieß es im Rathaus, Verkehrsflächen dürften nur nach Verstorbenen benannt werden. Eine Ausnahme für die Ausnahmepersönlichkeit Mandela kam nicht in Frage.

Erst als Mandela am 5. Dezember 2013 verstorben war und SADOCC in einem Schreiben an Bürgermeister Michael Häupl erneut gefordert hatte, *„eine repräsentative Straße oder einen repräsentativen Platz in Wien nach Nelson Mandela zu benennen“*, kam wieder Bewegung in die Sache. Am 7. Jänner 2014 versicherte Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny brieflich, *„dass wir uns bemühen werden, gleich nach Ablauf dieser [Einjahres-] Frist Kontakt mit den Bezirken aufzunehmen, damit dann so rasch als möglich eine Verkehrsfläche, die auch der Bedeutung des Verstorbenen würdig ist, nach ihm benannt werden kann.“*

In zahlreichen Gesprächen mit Vertreter/innen der Stadt Wien hat SADOCC in den vergangenen Monaten Kriterien für den „repräsentativen“ Charakter einer solchen Benennung formuliert. Neben hoher Visibilität u. a. spielt hier die Forderung nach einem innenpolitischen Konsens eine Rolle – weshalb unserer Ansicht nach kontroverse Vorschläge wie die Umbenennung des Luegerplatzes in Wien I. keine Zustimmung finden sollten.



Symbolische Umbenennung des Museumsplatzes

Und wir haben unseren eigenen Vorschlag: die Umbenennung des ehemaligen Messeplatzes (jetzt Museumsplatz) in Wien VII.! Zwischen dem geplanten Platz der Menschenrechte in der Mariahilferstraße und dem gesellschaftspolitisch engagierten Volkstheater im Herzen des Museumsviertels gelegen, ist diese Verkehrsfläche ein sowohl für die Wiener Bevölkerung als auch für Tourist/inn/en prominenter und leicht zugänglicher Gedenkort, welcher der politischen Bedeutung des Geehrten angemessen ist.

SADOCC-Aktivist/inn/en haben am 24. November den Museumsplatz bereits symbolisch in „Nelson Mandela-Platz“ umbenannt (Foto) – jetzt hoffen wir,

daß der Bezirksvorsteher von Wien VII., Thomas Blimlinger (Grüne), und der Wiener Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (SPÖ) zum ersten Todestag Mandelas mit den notwendigen Vorarbeiten zur Umbenennung beginnen und daß diese möglichst bald von allen Fraktionen des Gemeinderates gemeinsam beschlossen werden kann.

Verfolgen Sie die Entwicklung auf www.sadocc.at sowie auf unserer Facebook-Seite!

„Wäscherinnen am Nil“ im Belvedere Museum). Die Schönngasse (1898) und die Wildagasse (1959) erinnern an die beiden Maler.

Höchst problematischen Afrikabezug freilich hat mehrheitlich die Gruppe der Völkerkundler. Die Bernatzikgasse (1957) erinnert an den Begründer der angewandten Völkerkunde und Schriftsteller Hugo Adolf Bernatzik (1897-1953), der nicht nur wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft (spätestens 1938), sondern vor allem mit seinen Schriften eine Grundlage zur Kolonisationspolitik leistete. Der Dozent für Völkerkunde an der Universität Wien, Dominik Wölfel (1888-1963), in der Dominik-Wölfel-Gasse (1968) verewigt, war zwar mit einer „Halbjüdin“ verheiratet und wurde daher 1939 aus dem Museum für Völkerkunde, wo er als Kustos tätig war, entlassen, aber andererseits publizierte der Franco-Sympathisant 1937 ein Werk mit katholisch-antisemitischen Gehalt über den Spanischen Bürgerkrieg.

Michael Haberlandt (1860-1940), Gründer des Österreichischen Museums für Volkskunde, wurde sein Ehrenggrab am Wiener Zentralfriedhof bereits aberkannt, aber die Haberlandtgasse (1955) besteht nach wie vor. Haberlandt war zwar kein NSDAP-Mitglied, aber er bereitete die Nazifizierung des Volkskundemuseums auf und verbreitete antisemitisches, deutschnationales und rassistisches Gedankengut. In seiner Publikation „Aus Deutsch-Ostafrika“ äußerte er sich in kolonialem Sinn, insbesondere seien die kolonisierten Menschen „Ware“.

Der Arzt und Anthropologe Rudolf Pöch (1870-1921) widmete sich der Bekämpfung der Pest in Indien und erforschte u. a. das Leben der San-Völker in Südafrika. Die Rudolf-Pöch-Gasse (1931) kam in den vergangenen Jahren

in scharfe Kritik, weil der Namensgeber trotz Protesten der Angehörigen und unter Androhung von Gewalt Leichname in Südafrika geraubt und nach Wien gebracht hatte. Ins Rollen brachte diesen Umstand ein kritischer Kommentar von Walter Sauer. 2012



Restitution der von Pöch geraubten Leichnamensreste an Südafrika

wurden die Überreste eines Ehepaares identifiziert und an Südafrika restituiert (INDABA 74/12).

Nicht unproblematisch ist auch der Linnéplatz (1907), nach Carl von Linné (1707-1778). Einerseits hatte Linné Verdienste um die Klassifikation von Pflanzen und Tieren, andererseits teilte er jedoch auch die Menschen in Kategorien ein und war damit Vorläufer späterer Rassentheorien. Der Schwarzafrikaner z. B. wäre phlegmatisch und von Willkür regiert.

Der Botaniker und Direktor des Botanischen Gartens, Franz Boos (1752-1832), brachte von seinen Afrika- und Südamerikaexpeditionen eine umfangreiche Sammlung für das Herbarium des heutigen Naturhistorischen Museums mit. Kritikpunkt an der Franz-Boos-Gasse (1905) ist, daß Boos seine Afrikaexpedition mit Hilfe eines französischen Sklavenhändlers unternahm, der Schiffe und Sklaven zur Verfügung gestellt hatte.

Eine rare Ausnahme allerdings ist der Ägyptologe Leo Reinisch (1832-1919). Er verortete die Wiege der Menschheit in Afrika und erklärte gegen den Mainstream der damali-

gen Zeit den Rassebegriff für unwissenschaftlich. Kein Wunder, daß die Reinischgasse (1935) in der Nazizeit umbenannt war. Unbestritten ist auch die Benennung der Fenzlgasse (1894). Der Arzt und Botaniker Eduard Fenzl (1808-1879) vermittelte die Ergebnisse der Afrikaforscher der Wissenschaft.

Die Ergebnisse des eingangs erwähnten Forschungsberichtes liegen in überarbeiteter und erweiterter Form als Buch vor: „*Umstrittene Wiener Straßennamen. Ein kritisches Lesebuch*“. Einige Namen sind neu hinzugekommen; insgesamt werden 174 Namen (darunter drei Frauen) problematisiert. Das Buch hat Aufsehen erregt und führte zu Diskussionen auf politischer Ebene in den Bezirken. So ist z. B. eine schon vor Jahren beschlossene Zusatztafel für Josef Weinheber endlich vor der Umsetzung. Und vielleicht gibt es in Bälde auch Zusatztafeln zu den erwähnten problematischen Fällen mit Afrikabezug.

(* Zahlen in Klammern = Jahr der Benennung)

Mag. Dr. Peter Autengruber, Verlagsangestellter, Historiker, Lehrbeauftragter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Verwendete Literatur:

Peter Autengruber, Lexikon der Wiener Straßennamen (9. Auflage Wien 2014)

Peter Autengruber/Ursula Schwarz, Lexikon der Wiener Gemeindebauten (Wien 2013)

Peter Autengruber / Birgit Nemeč / Oliver Rathkolb / Florian Wenninger, Umstrittene Wiener Straßennamen (Wien-Graz-Klagenfurt 2014)

Hannes Leidinger / Verena Moritz / Berndt Schippler, Schwarzbuch der Habsburger (Wien 2010)

Walter Sauer, Expeditionen ins afrikanische Österreich (Wien 2014)

Sklavenhandel mit Angola um 1800

Ein Jugendbuch als Quelle

Unter dem Pseudonym Carl August Hirschmann veröffentlichte der sächsische Schriftsteller Carl Lang 1802 sein Werk „Tempel der Natur und Kunst“, das in acht kleinen Bänden gelehrte Abhandlungen oder Reportagen über Lebensweisen in Europa und auf fremden Kontinenten für die Jugend enthielt. Ein langes Kapitel im zweiten Band war dem „Staat von Congo. Auf der Küste von Angola“ gewidmet. Während die Informationen aus dem Landesinneren größtenteils auf dem Hörensagen beruhen und einheimische Sitten vielfach lächerlich machen, konnte sich der Autor für den Sklavenhandel an der Küste auf Augenzeugen stützen. Vor allem für Portugal und Brasilien bildete Angola seit dem 15. Jahrhundert ein wichtiges Reservoir für Sklaven. Hirschmann läßt zwar große Sympathie für die Betroffenen erkennen, schreckt vor einer dezidierten Verurteilung des Sklavenhandels aber zurück. Zu dessen Abschaffung bekannte sich erst der Wiener Kongreß 1815.

Wenn die Schiffe der Europäer an der Küste von Angola, besonders bey Malembe und Calende landen, um gegen Waaren Scaven einzuhandeln, und bisweilen Monathe darüber hingehen, ehe die nöthige Anzahl von diesen Unglücklichen zusammen getrieben ist, so lassen sich die europäischen Kapitains für die Zeit des Aufenthaltes feste Wohnungen errichten, zwar nach der Sitte des Landes, aber geräumiger, höher, bequemer. Eine solche Wohnung heißt Guibangua.

In einiger Entfernung von dem Guibangua werden mehrere Strohütten von geringerem Umfang zur Benutzung des Europäers errichtet; eine für die aus den Schiffen geladenen Handelswaren; eine andere für die verschiedenen Schiffs- und Comtoir-Beamten; eine für den Chirurgus und die Apotheke; eine Branntweinhütte; eine für das Geflügel, für die Küche, und dergl. Das Ganze ist von einer aus Stroh geflochtenen weiten Umzäunung umgeben, die Abends wohl verschlossen wird, und so geräumig ist, daß sie auch einen auf europäische Art angelegten Garten in sich faßt. Dieser dient nicht nur zum Vergnügen des Besitzers, sondern er wird zum Anbau aller Gemüße-Arten benutzt, die unter jenem Himmelsstriche gedeihen. So entsteht um den Europäer her ein nicht unbedeutendes Dorf, worin er unumschränkt waltet und lebt.

Der durchaus feste, undurchdringliche untre Raum des Haupt-Gebäudes dient zur Aufbewahrung der armen Negersclaven, die der Europäer gekauft hat; ein kleines Fenster erleuchtet diesen Aufenthalt des Schreckens,



Stützpunkt eines Sklavenhändlers an der angolanischen Küste (sog. Guibangua)

den man die Bombe nennt. Sie verweilen darin so lange, bis sie auf das Schiff abgeliefert werden, welches sie auf

immer ihrem vaterländischen Boden entführt. Wenn der Europäer, welcher unmittelbar über der Bombe wohnt, ein gefühlsvolles Herz hat, wenn er zum mindesten noch mitleidigen Sinn für den drückendsten menschlichen Jammer hat, so muß ihm dieses Naheseyn der Gefangenen die üppigste Einrichtung seiner Wohnzimmer unangenehm, ich mögte sagen, unerträglich machen. Ganze Nächte bringen die Unglücklichen, zu deren Herrn ihn seine Glasperlen und sein Branntwein gemacht haben, unter Gewinsel und Heulen zu; sie wissen, daß es die letzten Stunden sind, die sie auf der vaterländischen Erde zubringen: aus dem Schlafe erweckt ihn ihre Wehklage; der Unempfindliche nimmt alsdann zu Drohungen, zur Peitsche seine Zuflucht,



Sklaventransport

um sie zu stillen; der Gefühlvolle tröstet, reicht Speise und Trank, liebkost und lindert.

Schon oben erwähnt' ich, daß die Europäer, welche Neger-Sclaven kaufen, nicht mit den Kaufleuten selbst handeln, sondern ihre Geschäfte durch Makler betreiben. Diese verdingen die Zahl der anzukaufenden Sclaven wieder an die eigentlichen Sclaven-Händler, welche alsdann tiefer in das Land hineinreisen, und die Unglücklichen zusammen treiben. Oft führen zwanzig Händler nur drey Sclaven mit sich. Fünf bis sechs gehen voran, und ziehen die an den Händen oder Armen gebundenen Opfer der Habsucht an kurzen Stricken hinter sich her: nur den Weibern läßt man die Freyheit, allein zu gehen. Die andern folgen nach, jeder mit einer Flinte, oder mit einem bloßen Säbel bewaffnet, den er, wie die Flinte, auf der Schulter trägt.

Die Wege sind meistens so schmal, daß nur ein Fußgän-

ger hinter dem andern gehen kann, es ist daher nicht leicht zu entkommen. Unbekannt mit dem grausamen Schicksal, das ihrer wartet, machen viele gar keinen Versuch, sich zu befreyen ... andre sträuben sich, und diesen bindet man die Arme auf dem Rücken mit so grausamer Härte zusammen, daß endlich Arme und Hände ganz gefühllos werden. Noch andre sträuben sich nicht nur, sondern setzen sich gegen ihre Bedrücker zur Wehre, und verteidigen ihre Freyheit. Man steckt ihren Hals in eine Gabel von Holz, deren beyde Zacken gerade nur für diesen Raum lassen, und so enge sind, daß der Kopf unmöglich durchschlüpfen kann. Es werden zwey Löcher in die Gabelzacken gebohrt, und durch diese wird, hart am Nacken ein eiserner Nagel geschoben, der die Gabel sorgfältig schließt, daß sich der arme Gefangne nicht rühren kann. Sein Treiber hält das Ende der Gabel an einer Schleife, und ihm muß nun der Gefesselte folgen, wohin er ihn führt, ohne einigen Widerstand. Mag er sich beherden, wie er will, mag er toben noch so furchtbar; sein Zorn, seine Wuth ist umsonst. Es kostet den Treiber einen Druck der Hand, so stürzt er zur Erde, und eine einzige Bewegung gegen die Kehle, so muß er ersticken.

Sobald die Reise vollbracht ist, gibt der Mäkler dem europäischen Kapitain Gelegenheit, den neu angekommenen Sclaven zu sehen. Nun wird er genau vom Schiffs-Chirurgen untersucht. Die Untersuchung der Sclaven, männlichen und weiblichen Geschlechtes, wird eben so genau vielleicht noch genauer angestellt, als wenn wir Europäer ein Pferd kaufen; sie empört alles menschliche Gefühl.

Ist der Slave bey der Untersuchung tauglich, und des Preises werth erfunden worden, so erhält der Mäkler die Bezahlung für ihn. Sie besteht in Waaren, die gemeinlich mit Absicht recht schlecht gewählt werden, um bald wieder das Bedürfnis darnach bey den Negern zu erneuern. Darunter befinden sich gewöhnlich zwey Flinten, einige Fäßchen Schießpulver, mehrere Schürzen von Musselin, Seidenzeug, Tuch, womit sich die Neger bekleiden; ein Sonnenschirm, einige Barren rohes Eisen, vier kleine Fäßchen Branntwein, ein Säbel, sechs Messer, einige wollene Mützen, ein Flaschenkeller. Für dergleichen Nichtigkeiten verhandelt der Vater den Sohn, der Herr den Unterthan; Freyheit und Ruhe sind feil, wenn Habsucht das Herz des Menschen bethört. Greuel aller Art, die den Menschen herabwürdigen unter das Thier, erzeugt der unselige Hang nach Abwechslung, und die träge Begierde nach Sinnenkitzel und eingebildeter Lebensbequemlichkeit. Wie unglücklich hat sich der Mensch gemacht, seitdem er

sich von der Natur entfernte, aus deren Händen er gut und genügsam hervorging!

Nun segelt das Schiff mit günstigem Winde ab. Ich begleite es noch einige Augenblicke, um auch von der Art, wie die Slaven während ihrer Reise nach Amerika behandelt werden, meinen Lesern einige Kenntniß zu geben.

Keiner von diesen Slaven ist bekleidet; alle, sowohl Männer als Weiber, sind durchaus nackend. Eine Scheidewand, die mitten durch das Schiff geht, und oben mit starken Nägeln versehen und hoch genug ist, um nicht leicht überklettert werden zu können, trennt beyde Geschlechter von einander. Beständig ist dieser Raum, der die Slaven faßt, durch Wachen wohl beobachtet, auch werden zwey scharfgeladne Kanonen gegen ihn aufgeführt, um im Fall einer Empörung sogleich unter die Armen feuern zu können. Ist der Kapitain menschlich gesinnt, so erleichtert er die Lage der Slaven dadurch, daß er ihnen die Fußketten abnimmt, wodurch zwey und zwey zusammen gefesselt sind, und überhaupt den Raum so einrichtet, daß sie Luft und Bewegung haben können.

Während der Reise besteht die Nahrung der Slaven aus gekochten weißen Bohnen, wozu ein wenig Salz und Pfeffer gemischt wird, und wovon sie täglich zwey Mal bekommen; ihr Trank ist klares Quellwasser. Man hält diese Nahrung für gesund, vielleicht eben darum, weil sie sehr einfach und einförmig ist. Jeder Slave trägt, auf einer kleinen Bley- oder Holzplatte eingegraben, eine Nummer am Halse, wornach er in den Büchern eingetragen ist. Gewöhnlich wird sie mit Faßern von einer Palmen-Art, die den Küsten-Negern statt der Tuae dient, um den Hals befestigt. Ein Löffel, eine kurze Tabackspfeife und ein ganz klein wenig Taback, ist seine ganze Habe. Denkt der Kapitain menschlich, so läßt er bisweilen ein wenig Brod und Branntwein unter die Gefangenen austheilen. Diese Gabe erhält sie bey gutem Muthe. Sehr oft kann eine Kleinigkeit den Menschen viel Elend vergessen machen, und so ist es hier. Zur Schlafstelle dient jedem der Bodenflack, worauf er den Tag über steht, Bedeckung erhält er keine. Ueber den Raum, worin die ganze Schaar beysammen sich befindet, ist statt des Verdeckes ein starkes Gitterwerk angebracht, welches Licht und Luft durchläßt; und die Hitze etwas abhält.

Wer die Gesundheit der Slaven zu erhalten sucht, sorgt zugleich dafür, daß sie täglich zwey Mal singen und tanzen. Diese Uebung erheitert sie, und ist ein Schutzmittel gegen den Scorbut.

Der Charakter der meisten von diesen Neger-Slaven ist sanft und gutmüthig, sie fühlen ganz genau den Zustand

der Abhängigkeit, worein sie die Waffenkraft der Weißen versetzt, sie sehen die Unmöglichkeit zu entkommen, und machen daher höchst selten Versuche, sich zu befreien, und geben keinen Anlaß zu Züchtigungen. Allein der hart-sinnige Kapitain findet oft aus nichtigen Gründen Stoff zu Strafen, die dann freylich das Loos der Unglücklichen noch verschlimmern, und doch meistens nur geringe Vorbereitungen zu weit größerem Elende sind.

Nicht jeder, der auf der Küste von Angola Slaven eingekauft, und nach Amerika geführt hat, kann seine Bemerkungen über dieses Geschäft mit der beruhigenden Behauptung schließen, womit sie Degrandyre schließt.



Angolanischer Würdenträger im Landesinneren

„Ich habe, sagt er, stets alle mögliche Sorge dafür getragen, ihr Loos zu mildern, ich habe mich, so viel es in meinen Kräften stand, bestrebt, in Ansehung ihrer alles zu erfüllen, was mir Menschlichkeit zur Pflicht macht. Aber dennoch bin ich völlig überzeugt, das Gewerbe, Menschen gleich Lastthieren zu kaufen, müsse stets jedem Gefühlvollen verhaßt seyn, und sehr wünschenswerth wäre es, daß endlich eine so unerhörte Grausamkeit den Schutz und die Weihe der Regierungen verlieren mögte, welche sie bisher, der Menschheit zur Schande, genossen hat!“

Quelle: Carl August Hirschmann, *Tempel der Natur und Kunst. In einer Auswahl der Darstellungen aus den Reichen der Natur, aus dem Gebiete der Kunst, Sitten und Volksgewohnheiten ... nach kostbaren ... Originalkupferwerken und Beschreibungen ...* (Leipzig 1802), S. 46-61, gekürzt und red. bearbeitet.

Impressionen aus Lesotho



Manchmal hilft auch gutes Zureden



Blick auf den Quthing River bei Ha Machesetsa



Am Busbahnhof von Mohale's Hoek



Ein Basotho-Hirte unterwegs



Kinder in Ha Machesetsa

von Bernhard Lang

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Als Gastarbeiterin gekommen. Als Wienerin geblieben.

Bezahlte Anzeige



**Žaklina
Obermayer, 48**
Boutique-Besitzerin

**Bosiljka
Grubor, 88**
Gastarbeiterin

Gordana Radojević, 66
Inhaberin eines
Trachtengeschäfts

**Wien.
Die Stadt
fürs Leben.**



„Einen Koffer, ein Kind und 500 Schilling“ hatte Gordana Radojević, als sie 1968 nach Wien kam. Zum Arbeiten, so wie tausende Menschen vor rund 50 Jahren. Sie haben sich und ihren Familien ein besseres Leben erarbeitet. Und viel zum Erfolg der Stadt beigetragen. Wien fördert Projekte und Maßnahmen zur Integration. Auch das macht Wien zur Stadt fürs Leben.

Mehr darüber: www.integration.wien.at

StadT  Wien
Wien ist anders.